



universität
wien

Masterarbeit

Thema der Masterarbeit

Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland- Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Verfasser:

B.A. Michael Stanczyk

Angestrebter akademischer Grad:

**„Master of Arts“ der Politikwissenschaft
an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien**

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ. - Prof. Dr. Dieter Segert

Inhalt

	Seite
I Einleitung	6
1 Forschungsinteresse	6
2 Politikwissenschaftliche Relevanz und Forschungsstand	7
3 Fragestellung	12
4 Theoretischer Ausblick	14
5 Hypothesen	17
6 Methoden	18
II Theoretischer Teil	20
1 Thematischer Rahmen	20
2 Das Konzept politischer Unterstützung von David Easton	21
2.1 Unterstützungstypen	22
2.2 Dimensionen der diffusen Unterstützung	23
2.3 Objektklassen des politischen Systems	24
3 Exkurs: Der Begriff der politischen Institutionen	26
4 Die Weiterentwicklung des Konzeptes politischer Unterstützung nach Dieter Fuchs	29
5 Bedeutung der politischen Kultur	32
5.1 Arten politischer Kultur	34
5.2 Einfluss der politischen Kultur auf die Funktion und die Stabilität politischer Systeme	36
6 Bedeutung der Sozialisations- und Erfahrungsspezifik für eine Demokratie	38
6.1 Bedeutung des Sozialisationsprozesses	38
6.1.1 „Cultural lag“	39
6.1.2 Gegenthesen	40
6.2 Bedeutung von durchlebten Erfahrungen	41
6.3 Interaktion zwischen Sozialisations- und Erfahrungsspezifik	42
7 Ebenen eines demokratischen Systems	43

8	Normative Modelle der Demokratie	46
8.1	Das libertäre Modell	48
8.2	Der demokratische Sozialismus	49
8.3	Das liberale Modell	49
8.4	Das republikanische Modell	50
8.5	Zwischenfazit	51
III	Empirischer Teil	53
1	Beschreibung des verwendeten Datenmaterials	53
2	Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland	54
3	Erwartungen an eine Demokratie	57
3.1	Lebensstandard	57
3.2	Soziale Aspekte	59
3.3	Demokratische Grundrechte	62
3.4	Einbindung in die normativen Modelle der Demokratie	66
4	Die Wirklichkeit der Demokratie in Ostdeutschland	67
4.1	Bewertung der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Lage	68
4.1.1	Allgemeiner Einfluss der wirtschaftlichen und sozialen Lage auf die Demokratiezufriedenheit	71
4.2	Bewertung der politischen Entscheidungsträger	72
4.2.1	Allgemeiner Einfluss politischer Entscheidungsträger auf die Demokratiezufriedenheit	75
4.3	Wertebindung	76
4.3.1	Allgemeiner Einfluss von Werten auf die Demokratiezufriedenheit	77
5	Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Demokratie	78
IV	Conclusio	80
	Literatur	83
	Internetquellen	89
	Anhang	90
	Abstract	90
	Curriculum Vitae	92

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	8
Abbildung 2: Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen	9
Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosigkeit	10
Abbildung 4: Anteil der Hartz IV Empfänger in der jeweiligen Bevölkerung im Oktober 2008	11
Abbildung 5: Allgemeines Modell der Unterstützung eines politischen Regimes	14
Abbildung 6: Eastons Konzept politischer Unterstützung	26
Abbildung 7: Analytisches Schema nach Dieter Fuchs	29
Abbildung 8: Zuordnung Eastons Modell/Analytisches Schema	31
Abbildung 9: Objekte politischer Orientierung	34
Abbildung 10: Kongruenz und Inkongruenz von Kultur und Struktur	37
Abbildung 11: Objektebenen der Demokratie	43
Abbildung 12: Normative Modelle der Demokratie und Typen demokratischer Gemeinschaften	47
Abbildung 13: Schematische Beschreibung der normativen Modelle der Demokratie	51

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Demokratiezufriedenheit in der BRD im Jahr 1991	54
Tabelle 2: Demokratiezufriedenheit in der BRD im Jahr 2002	55
Tabelle 3: Demokratiezufriedenheit in der BRD im Jahr 2008	55
Tabelle 4: Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland 1991-2008	56
Tabelle 5: Sichere Berufsstellung (1991)	57
Tabelle 6: Hohes Einkommen (1991)	58
Tabelle 7: Wichtigkeit eines hohen Lebensstandards (2002)	58
Tabelle 8: Wichtigkeit des Sicherheitsstrebens (2002)	58
Tabelle 9: Wichtigkeit Hedonismus (2002)	59
Tabelle 10: In einer erfolgreichen Regierung spielt die soziale Sicherung die bedeutendste Rolle (2008)	60
Tabelle 11: Umverteilung zugunsten einfacher Leute? (2008)	60

Tabelle 12:	Gutes Geld für alle (auch ohne Leistung zu erbringen) (1991)	61
Tabelle 13:	Schwächeren helfen (2002)	61
Tabelle 14:	Unter allen Umständen Freiheit achten? (2008)	62
Tabelle 15:	Wichtigkeit von Ruhe und Ordnung	63
Tabelle 16:	Wichtigkeit von Bürgereinfluss	64
Tabelle 17:	Wichtigkeit der Inflationsbekämpfung	64
Tabelle 18:	Wichtigkeit der freien Meinungsäußerung	65
Tabelle 19:	Wirtschaftslage in der Bundesrepublik Deutschland (2008)	68
Tabelle 20:	Bewertung der persönlichen Wirtschaftslage (2008)	69
Tabelle 21:	Regierungsverantwortung für Wirtschaftslage (2008)	69
Tabelle 22:	Ist soziale Gerechtigkeit vorhanden? (2008)	70
Tabelle 23:	Einfluss der persönlichen wirtschaftlichen Lage auf die Demokratiezufriedenheit (2008)	71
Tabelle 24:	Einfluss der sozialen Lage auf die Demokratiezufriedenheit (2008)	72
Tabelle 25:	Politiker kümmern sich nicht um die Probleme der Bürger (2008)	73
Tabelle 26:	Bemühungen der Politiker um Interessensvertretung (2008)	73
Tabelle 27:	Vertrauen in die Bundesregierung (2008)	74
Tabelle 28:	Vertrauen in den Bundestag (2008)	74
Tabelle 29:	Einfluss der Zufriedenheit mit politischen Entscheidungsträgern auf die Demokratiezufriedenheit (2008)	75
Tabelle 30:	Demokratie als Idee (2008)	76
Tabelle 31:	Sozialismus: Gute Idee, schlechte Ausführung (1991)	77
Tabelle 32:	Einfluss von Werten auf die Demokratiezufriedenheit (2008)	77

I Einleitung

Der Begriff Ostdeutschland kann wissenschaftlich unter diversen Gesichtspunkten behandelt werden, die u.a. von den Forschungsbereichen der Geographie, über den Sprachgebrauch bis hin zur Politik reichen. Das Hauptaugenmerk dieser Arbeit wird darin liegen, die Demokratiezufriedenheit jener Region zu untersuchen.

Ostdeutschland wird im politischen Sinn als Synonym für die neuen Bundesländer verwendet und aufgrund der geschichtlichen Einflüsse nahezu zwangsläufig mit der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) assoziiert.

Das Forschungsgebiet Ostdeutschland weist insofern eine besondere Spezifik auf, dass nach der Wiedervereinigung vor über zwanzig Jahren noch immer teilweise gravierende Unterschiede hinsichtlich wirtschaftlicher Entwicklung, aber ebenso den politischen Ansichten vorhanden sind. Insbesondere den zweiten Aspekt gilt es, unter der Einbindung notwendiger Zusammenhänge, in der vorgelegten Arbeit näher zu beleuchten.

1 Forschungsinteresse

Die Wahl des Forschungsschwerpunktes Ostdeutschland und des damit verbundenen Themas „Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ ist in meinem Fall auf persönliche Erfahrungen und Interessen zurückzuführen. Nach dem Abitur habe ich ein dreijähriges Bachelorstudium an einer ostdeutschen Universität aufgenommen und mich, aufgrund meines Hauptwohnsitzes in „Westdeutschland“, mit Kontakten, Beziehungen, den „Missständen“ und den unterschiedlichen politischen Ansichten in den neuen Bundesländern befasst.

Aus dem Studium in Ostdeutschland wurde die Erkenntnis mitgenommen, dass es nach über zwei Jahrzehnten der deutschen Einheit keine groben Missverständnisse im Zusammenleben zwischen Ost und West gibt.

Allerdings konnte man schon nach einer kurzen Lebensphase in Ostdeutschland feststellen, dass es aufgrund der Vergangenheit und diverser Faktoren, wie etwa der „schleppenden“ wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Bundesländer, unterschiedliche Meinungen und Empfindungen bezüglich politischer Ansichten, insbesondere im Hinblick auf die Demokratiezufriedenheit, gab.

Mit einer Masterarbeit zum Thema Ostdeutschland und den damit verbundenen Komplexitäten bekomme ich die Möglichkeit meine Erfahrungen und Eindrücke auf wissenschaftlich fundierter Basis zu überprüfen, zu hinterfragen und eventuell sogar zu erweitern.

2 Politikwissenschaftliche Relevanz und Forschungsstand

Aus wissenschaftlicher bzw. politikwissenschaftlicher Sicht scheint das Thema Ostdeutschland nach über 20 Jahren der deutschen Einheit noch immer eine gewisse Brisanz zu beinhalten. Zwar ist die Anzahl der Fachliteratur, in der unterschiedlichste Aspekte der deutschen Wiedervereinigung und deren Konsequenzen beleuchtet werden, überaus hoch; es gibt allerdings dementsprechend diverse sowie konträre Blickwinkel und strittige Meinungen zu dieser Thematik.

Aus der Vielfalt der wissenschaftlichen Literatur und der Uneinigkeit bezüglich der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland, deren Einflussfaktoren und der etwaigen Notwendigkeit von Struktur- bzw. Systemveränderungen, lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass jener Forschungsschwerpunkt weiter behandelt werden muss und noch nicht abgeschlossen ist.

Die Annäherung zur „Problemregion“ Ostdeutschland sowie die Untersuchung der dort vorhandenen Einstellungen zur Demokratie scheint nach wie vor plausibel und gesellschaftswissenschaftlich bzw. politikwissenschaftlich äußerst aktuell und relevant zu sein, da die neuen Bundesländer den „inoffiziellen“ Maßstab, also den Anschluss zum Entwicklungsstand der alten Bundesländer, (noch) nicht vollzogen haben und sich auch bezüglich der politischen Ansichten¹ auf unterschiedlichem Pfad befinden. Dies bedeutet jedoch keinesfalls, dass die politischen Ansichten in Ost- und Westdeutschland ident sein sollen.

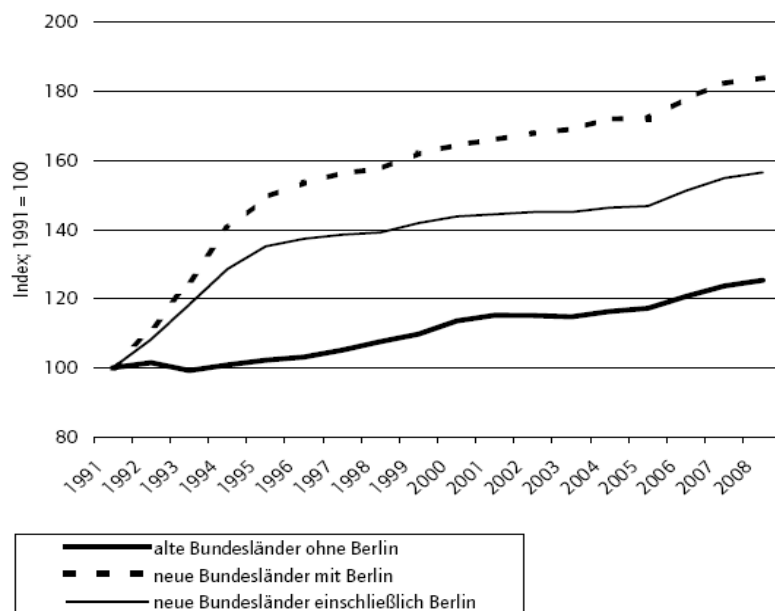
Es soll allerdings hervorgehoben werden, dass nach über 20 Jahren der deutschen Wiedervereinigung noch immer unterschiedliche Meinungen in den Grundlagen eines politischen Systems, also der Regierungsform bzw. der Art und Weise ihrer Ausübung, vorhanden sind.

¹ Konzentration liegt hier auf Demokratiezufriedenheit

Auch heutzutage gibt es teilweise noch gravierende gesellschaftliche und wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, was sich folglich negativ auf die (insbesondere ostdeutsche) Demokratiezufriedenheit auswirkt.

Faktisch bewegt sich die ostdeutsche wirtschaftliche Entwicklung prinzipiell in eine gute Richtung. Insbesondere kann dabei, laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, eine Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse in den neuen Bundesländern betrachtet werden. Dort hat sich das Produktivitätsniveau seit der Wiedervereinigung um 40 % auf mehr als 70 % gesteigert (vgl. IAB Forschungsbericht 2010).

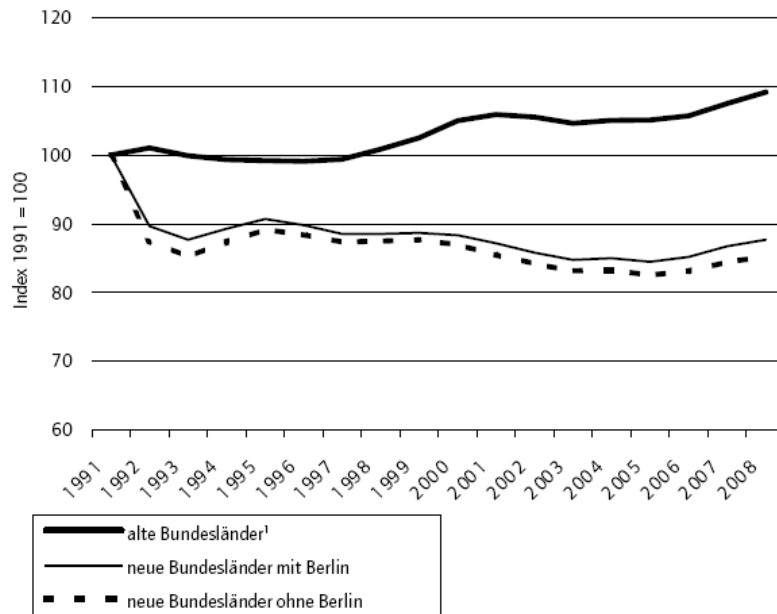
Abbildung 1: Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts²



Ab dem Jahr 1991 ging es hinsichtlich der Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland zunächst also gut voran. Insbesondere in der ersten Hälfte der neunziger Jahre konnte die Wirtschaftsleistung stark gesteigert werden und die Zuwachsraten erreichten beinahe zweistellige Raten. Ungefähr ab 1996 gab es dann jedoch eine deutliche Abschwächung der rasanten Entwicklung. Ost- und Westdeutschland entwickelten sich auf einem ähnlichen Niveau und der große „Nachholprozess“ war vorbei (vgl. Brenke/ Zimmermann 2009, S.36).

² Vgl. Brenke, Karl/ Zimmermann, Klaus F. (2009): *Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Was war und was ist heute mit der Wirtschaft*. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 78 (2009), 2. Berlin: DIW.

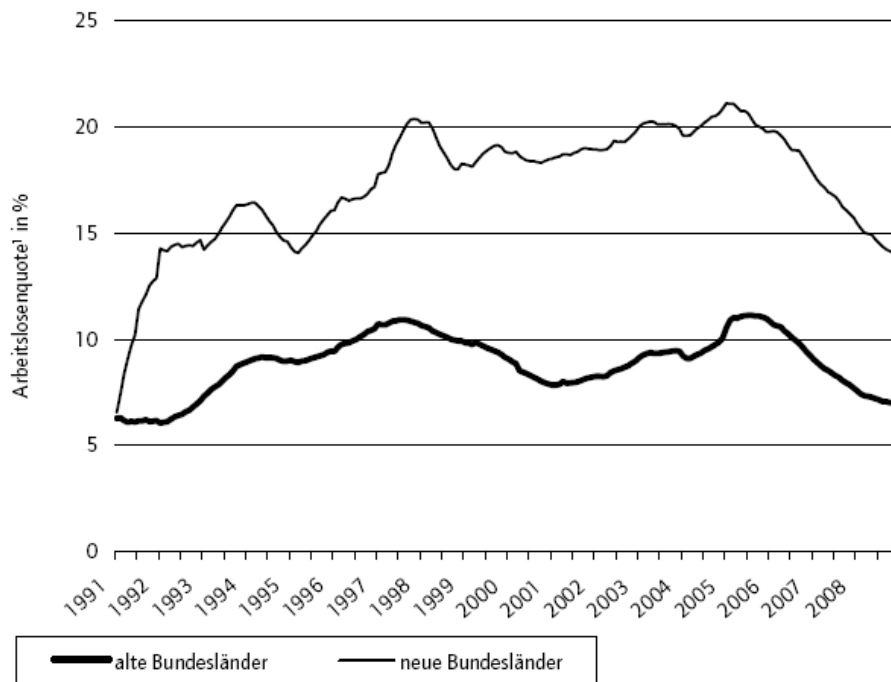
Abbildung 2: Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen³



Anhand von Abbildung 2 erkennt man zudem, dass die Anzahl der Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern deutlich niedriger war und ist, als in den alten Bundesländern. Dies ist dadurch zu begründen, dass das Wachstum der Produktivität im Westen über Jahre hinweg schwächer ausfiel. In der Folge waren die konjunkturbedingten Beschäftigungsausweitungen kräftiger und die konjunkturellen Abschwünge zeigten sich in der Arbeitsnachfrage in einem schwächeren Ausmaß, als im Osten (vgl. Brenke/ Zimmermann 2009, S.41).

³ Vgl. Brenke, Karl/ Zimmermann, Klaus F. (2009): *Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Was war und was ist heute mit der Wirtschaft*. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 78 (2009), 2. Berlin: DIW.

Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosigkeit⁴



Die soziale Entwicklung ist ebenso pessimistisch zu beurteilen, da die gegenwärtige Situation durchaus angespannt ist.

Abbildung 3 veranschaulicht folglich ein Problem, dass die ostdeutschen Bürger hinsichtlich der Anzweiflung des gegebenen Staatssystem wohl am stärksten beeinflusst - die hohe Arbeitslosenquote. Dabei kann entnommen werden, dass die neuen Bundesländer dem Westen, in einem entscheidenden Faktor, noch immer hinterherhinken. Im Detail kennzeichnet sich das Problem dadurch, dass pro Erwerbstätigem in Ostdeutschland weniger als 80 % der westdeutschen Wirtschaftsleistung erbracht wird. Dadurch, dass die erwerbstätigen Personen in den neuen Bundesländern durchschnittlich länger arbeiten, entsteht eine zusätzlich erhöhte Stundenproduktivität (vgl. Brenke/ Zimmermann 2009, S.43).

⁴ Vgl. Brenke, Karl/ Zimmermann, Klaus F. (2009): *Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Was war und was ist heute mit der Wirtschaft*. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 78 (2009), 2. Berlin: DIW.

Abbildung 4: Anteil der Hartz IV Empfänger in der jeweiligen Bevölkerung im Oktober 2008⁵

	Erwerbsfähige (im Alter von 15 bis 64)	Kinder
Bayern	4,0	7,5
Baden-Württemberg	4,4	8,3
Rheinland-Pfalz	6,3	12,1
Hessen	7,5	14,7
Saarland	8,7	16,0
Niedersachsen	8,9	15,7
Schleswig-Holsten	9,1	16,3
Nordrhein-Westfalen	9,6	17,4
Hamburg	11,8	24,0
Bremen	15,2	30,7
Alte Bundesländer (Ohne Berlin)	7,3	13,4
Thüringen	11,7	23,4
Brandenburg	14,0	24,3
Sachsen	14,2	25,9
Mecklenburg-Vorpommern	16,1	29,7
Sachsen-Anhalt	16,7	31,2
Berlin	18,5	36,9
Neue Bundesländer (mit Berlin)	15,3	28,9

Mithilfe von Abbildung 4 erkennt man schließlich die Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland in der Gesamtheit sowie in den einzelnen Bundesländern.

Hinsichtlich der ostdeutschen Entwicklung und des damit verbundenen Einflusses auf die politischen Ansichten der dortigen Bürger kann zusammengefasst werden, dass nach über zwanzig Jahren der deutschen Einheit mit der Verbesserung von u.a. Infrastruktur, Industrie und Produktivität zwar viel erreicht wurde, doch liegt man nach wie vor noch deutlich hinter den westdeutschen Bundesländern. Ostdeutschland hat noch immer einen Rückstand in der gesamten Wirtschaftsleistung gegenüber dem Westen.

Seit einigen Jahren scheint es in den Bemühungen hinsichtlich der Verbesserung von Ostdeutschland zum Stillstand gekommen zu sein, da noch immer eine starke Abhängigkeit von den alten Bundesländern vorherrscht. Auf dieser Grundlage kann davon ausgegangen

⁵ Vgl. Brenke, Karl/ Zimmermann, Klaus F. (2009): *Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Was war und was ist heute mit der Wirtschaft*. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 78 (2009), 2. Berlin: DIW.

werden, dass der Angleichungsprozess bei weitem noch nicht abgeschlossen ist und der Osten noch auf finanzielle Unterstützung der westdeutschen Bundesländer hoffen muss.⁶

Die aktuelle Lage in Ostdeutschland hat einen immensen Einfluss auf die Einstellungen der Bevölkerung zum Gesamtsystem, deshalb muss diese bei der Analyse der Demokratiezufriedenheit stets berücksichtigt werden.

Desweiteren ist es ebenso wichtig, Ansätze vorzuschlagen, durch die hinterfragt wird, ob es möglich ist, an die Probleme von Ostdeutschland differenziert heranzugehen und die „komplexe“ Vergangenheit in potenzielle Lösungsansätze mit einfließen zu lassen.

Die politikwissenschaftliche Relevanz über Ostdeutschland und die damit verbundenen Probleme werden voraussichtlich so lange erhalten bleiben bis die Entwicklungen auf das Niveau der westdeutschen Bundesländer zusteuern und die sogenannte Modernisierung nachgeholt wird. Trotzdem bleibt ebenso anzumerken, dass insbesondere der mit der Verbesserung der ostdeutschen Wirtschaftsleistung verbundene Kraftaufwand, seit der Wiedervereinigung, auf eine größere Anerkennung stoßen sollte.

3 Fragestellung

Die Forschungsfrage gilt als entscheidender Faktor und Orientierungspunkt für Untersuchungen; sie dient ebenso zur Vorbeugung gegen eine undisziplinierte und chaotische Analyse, daher spielt deren Formulierung im gesamten Forschungsprozess eine wichtige Rolle (Bryman 2007).

Der einleitende Schritt wird es zunächst sein, die generelle Situation in Hinsicht der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland zu untersuchen. Hier muss angemerkt werden, dass es sich dabei nicht um die Forschungsfrage, sondern eher um einen Unterpunkt handelt. Diese Maßnahme soll primär dazu beitragen, die tatsächliche Existenz des Problems der mangelnden Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland nachzuweisen und dem gesamten Thema ein solides Grundgerüst zu verschaffen.

⁶vgl. Die Bundesregierung: *Gute wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland*.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2010/07/2010-07-29-beachtliche-fortschritte-im-angleichungsprozess.html> (Abruf am 15.11.2010)

Grundsätzlich wird in der vorgelegten Arbeit versucht, die Fragestellung aus zwei unterschiedlichen Ebenen bzw. Perspektiven zu behandeln.

Zunächst wird jene Perspektive bearbeitet, die verdeutlicht, welche grundlegenden Erwartungen die Bürger der neuen Bundesländer an eine gut funktionierende Demokratie haben.

Darauf aufbauend soll im Grunde als Gegensatz die demokratische Wirklichkeit aufgezeigt werden, um mögliche Unterschiede zu erörtern. Hier werden die Einstellungen zum realen Funktionieren und der Umsetzung von Demokratie aus der Sicht der ostdeutschen Bürger analysiert. Dabei werden gleichzeitig durch die realen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse potenzielle Einflussfaktoren auf die Demokratiezufriedenheit erarbeitet.

Auf dieser Basis wird untersucht, ob es Diskrepanzen zwischen der institutionell gegebenen Situation und dem normativ Gewünschtem gibt.

Die genannten Untersuchungspunkte, sowie die dazu analysierten Daten sind als Bausteine zu betrachten, aus denen die Leitfrage resultieren soll, ob es, unter der Berücksichtigung jener Aspekte, folglich ein anderes Demokratiemodell in Ostdeutschland geben muss, das besser und präziser auf die Bedürfnisse der Bürger in den neuen Bundesländern abgestimmt ist. In dieser Forschungsarbeit wird die Bevorzugung bzw. das Bedürfnis nach einem anderen Demokratiemodell gewissermaßen als potenziell gravierendste Folge der Demokratieunzufriedenheit der Bewohner der neuen Bundesländer angesehen.

Bei der Berücksichtigung der Demokratiemodelle soll zwischen den verschiedenen *normativen Modellen der Demokratie* (Fuchs 1996) differenziert werden, da es möglich und verständlich wäre, dass ostdeutsche Bürger beispielsweise das Modell eines demokratischen Sozialismus stärker befürworten als ein liberales oder libertäres Modell. Es muss also hinterfragt werden, mit welchem Demokratietypus Ostdeutschland erfolgreicher, effektiver und leistungsfähiger werden könnte.

Ein in diesem Zusammenhang ebenso entscheidender Aspekt kann der Einfluss der Sozialisation in einem postsozialistischen „Staat“ bzw. einer entsprechenden Gesellschaft sein. Bei diesem staatssozialistischen Erbe werden insbesondere systemtypische Eigenschaften und Werte, wie u.a. das Ziel einer ausbalancierten Gesellschaft bzw. gerechte Umverteilung, berücksichtigt. Es geht also um spezifische Ansichten und Erwartungen, die aus dem Staatssozialismus in die Demokratie übertragen und im „neuen“ Staatssystem beibehalten wurden. Auf diesem Wege soll festgestellt werden, welchen Einfluss dieses Erbe

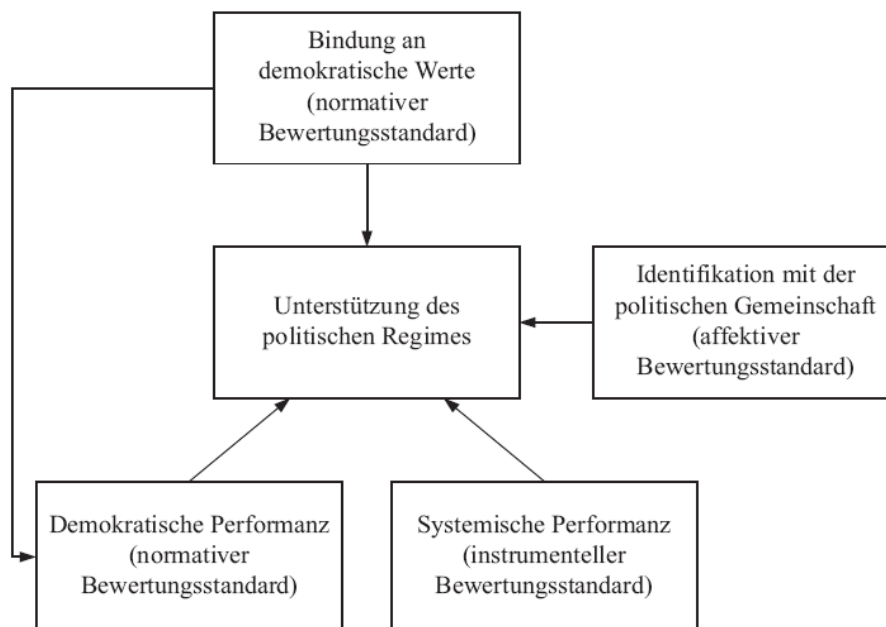
auf die Beurteilung der demokratischen Gegenwart Ostdeutschlands hat und ob dieser in der Rückwirkung zum Wunsch eines veränderten Demokratiemodells führen kann.

4 Theoretischer Ausblick

Im Folgenden soll ein allgemeiner und einführender theoretischer Rahmen für die Unterstützung eines politischen Regimes aufgezeigt und im Kontext der geplanten Masterarbeit gesetzt werden, da dies das theoretische Grundgerüst dieser Forschungsarbeit sein wird und die Basis für die Messung von Einstellungen zu einem System, inklusive möglicher Einflüsse und Konsequenzen, darstellen kann. Präzisere theoretische Ausführungen werden im nächsten Kapitel vorgenommen.

Die grundlegenden Überlegungen bezüglich der Unterstützung eines politischen Regimes gehen auf David Easton zurück. In dieser Arbeit werden diesbezüglich jedoch auch Ideen und Theorien, vor allem von Gabriel Almond, Sidney Verba sowie Dieter Fuchs, berücksichtigt.

Abbildung 5: Allgemeines Modell der Unterstützung eines politischen Regimes⁷



⁷ Fuchs, Dieter (2002a): *Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

In Abbildung 5 ist ein allgemeines Modell der Unterstützung eines politischen Regimes dargestellt. Es enthält die wichtigsten Determinanten, die in der Forschung über politische Unterstützung identifiziert werden konnten, und ordnet sie nach einem hierarchischen Modell des demokratischen Systems (vgl. Fuchs 1989).

Die hierarchisch höchste Ebene ist dabei die Systemkultur, die sich aus den Bindungen der Bürger an demokratische Werte ableiten lässt. Diese demokratischen Werte können in normative und moralische Bewertungsstandards unterteilt werden, mit denen ein politisches Regime konfrontiert wird. In dem Maße, in dem die Bürger glauben, dass das Regime den von ihnen bevorzugten Werten entspricht, unterstützen sie dieses. Diese Unterstützungsform bezeichnet man nach Easton (1975) als Legitimität.

Die hierarchisch unterste Ebene wird als Prozessebene bezeichnet. Sie bezieht sich auf das wirkliche Funktionieren und die Umsetzung der Demokratie eines Landes.

Die demokratische Wirklichkeit kennzeichnet sich in erster Linie durch die Tätigkeiten der politischen Entscheidungsträger und die Ergebnisse dieser Handlungen.

Die Entscheidungsträger werden von den Bürgern also nach Abhängigkeit von der Zufriedenheit mit deren Outputs unterstützt. Die Unterstützungsbasis ist also die Performanz der Entscheidungsträger. Diese Einstellung bezeichnet David Easton (1975) als spezifische Unterstützung.

Der Bezugspunkt dieses Modells ist aber die Unterstützung des Regimes; für dieses Objekt ist eine Einstellung relevant, die lediglich von den politischen Entscheidungsträgern ausgeht. Easton (1975) spricht von einer Unterstützungsform des Regimes, die auf der Generalisierung der Performanz einer Reihe von Entscheidungsträgern über einen längeren Zeitraum basiert. Durch diese Generalisierung verschiebt sich das unterstützte Objekt von den Entscheidungsträgern auf das Regime. Diese Unterstützungsform definiert Easton (1975) als Vertrauen in das politische Regime. Anstelle des Vertrauensbegriffs wird in dem Modell der Begriff der Performanz verwendet, da sich dieser konkreter auf die Beurteilung des politischen Regimes bezieht (vgl. Fuchs 2002a, S.3-4).

Grundlegend werden zwei Kategorien einer generalisierten Performanz unterschieden, die auf die Unterstützung des politischen Regimes einfließen. Dabei handelt es sich um die systematische und die demokratische Performanz.

Die systemische Performanz basiert auf einem instrumentellen Bewertungsstandard, der sich wiederum vor allem auf ökonomische Leistungen, die mit einem materiellen Nutzen für die Bürger verbunden sind, bezieht.

Die demokratische Performanz hingegen basiert auf einem normativen Bewertungsstandard und bezieht sich darauf, inwieweit die Wirklichkeit bzw. die Umsetzung des politischen Regimes mit den eigenen normativen Erwartungen übereinstimmt. Um welche Erwartungen es sich dabei handelt, hängt von den Wertebindungen der Bürger ab. Zu den normativen Erwartungen gehören beispielsweise der Bezug und der Kontakt des Regimes auf die Ansprüche der Bürger und das tatsächliche Funktionieren der institutionellen Mechanismen (vgl. Fuchs 1989).

Auf der Grundlage der eigenen Erfahrungen, sowie durch Sozialisationsprozesse, vertrauen die Bürger im positiven Falle also darauf, dass die institutionelle Struktur des politischen Regimes die Handlungen der Entscheidungsträger wirksam einengt, sodass diese auf der einen Seite demokratischen Prinzipien entsprechen (demokratische Performanz) und auf der anderen Seite zur Erzeugung von Outputs führen, die für die Bürger nützlich sind (systemische Performanz).

Im aufgezeigten Modell ist durch die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft ein weiterer Unterstützungsfaktor aufgeführt, der ebenso auf David Easton (1975) zurückgeht. Diese Identifikation kommt einer diffusen Gefühlsbindung der einzelnen Bürger an die vorgestellte Gemeinschaft gleich. Nach Easton geht von einer derartigen Identifikation ein „spill-over“, d.h. eine Übertragung, auf das politische Regime aus. Dieser affektive Transfer kann in seiner Stärke variieren, falls die politischen Institutionen von den Bürgern als ein authentischer Ausdruck der Gemeinschaft gesehen werden, zu der sie sich zählen (vgl. Fuchs 2002a, S.3).

Im Hinblick auf die zu verfassende Masterarbeit scheint die Theorie von David Easton (und die Erweiterung durch Dieter Fuchs) zur Unterstützung eines politischen Regimes geeignet, um zwischen verschiedenen Einflussfaktoren auf den expliziten Fall der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland zu schließen. Die Theorie kann ebenso hilfreich sein, um in der Folge der Frage nachzugehen, ob ein bestimmter Demokratietypus auf den besonderen Fall der neuen Bundesländer (aufgrund unterschiedlicher Einflüsse) zugeschnitten werden muss.

5 Hypothesen

Auf der Grundlage des Modells der Unterstützung eines Regimes und der damit zusammenhängenden unterschiedlichen Einflüsse werden Hypothesen aufgestellt, die es im Laufe dieser Arbeit zu überprüfen gilt.

Zunächst besteht die Annahme, dass eine grundsätzliche Zustimmung zu den demokratischen Prinzipien in Ostdeutschland existent ist. Allerdings haben wirtschaftliche Determinanten und die Vorstellung einer gerechten Gesellschaftsordnung einen großen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit.

Nach der deutschen Wiedervereinigung gab es von Seiten der ostdeutschen eine zu hohe Erwartungshaltung hinsichtlich der (nachholenden) Modernisierung, der Verbesserung der Wirtschaftslage und der Beseitigung des Wohlstandsgefälles in Ost und West, die sich bisher noch nicht erfüllt hat.

Zudem sind die Einstellungen der ostdeutschen Bevölkerung zu demokratischen Akteuren und Institutionen nicht vorbehaltlos. Es gibt keine bedingungslose Identifikation mit der politischen Gemeinschaft und den darauf einflussnehmenden Akteuren.

Aus der Enttäuschung über die aktuellen Missstände und Fehlentwicklungen wachsen die Zweifel und das Misstrauen zu Politikern und den demokratischen Prinzipien.

Ein weiterer Grund, weshalb man in Ostdeutschland nicht mit der ausgeübten Demokratie zufrieden ist, lässt sich daraus ableiten, dass die Bürger der DDR und den dort vermittelten Werten nicht unbedingt negativ gegenüberstehen. Es gibt teilweise das Gefühl der Nostalgie und die Annahme, dass nicht alle politischen und wirtschaftlichen Ereignisse als negativ gesehen werden sollten. Alte Wertorientierungen (des Staatssozialismus) sind trotz der Transformation (noch) nicht überwunden.

Durch diese Ansichten wird die allgemeine bundesrepublikanische politische Ordnung nicht unterstützt.

Insgesamt scheint es also eine Diskrepanz zwischen existierender und gewünschter Demokratie zu geben. Es besteht zumindest die theoretische Möglichkeit, dass Ostdeutschland mit einem anderen Demokratiemodell zufriedener sein könnte.

Die ostdeutschen Bundesbürger sind von der Demokratie als Staatsform insgesamt weniger überzeugt als die Bewohner der alten Bundesländer, da die wahrgenommene Leistung der Demokratie als schwach empfunden wird.

In der Konsequenz wird behauptet, dass in den neuen Bundesländern, u.a. aufgrund der gesellschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Probleme, ein anderes Demokratiemodell präferiert wird und dieses auf die unterschiedlichen regionsspezifischen Bedürfnisse zugeschnitten werden sollte.

6 Methoden

In der Arbeit wird es unterschiedliche Untersuchungsschwerpunkte geben, die zur Beantwortung der Fragestellung von Bedeutung sind und deren Wechselwirkungen man betrachten sollte.

Methodologisch bietet sich dabei zunächst die Literaturrecherche bzw. Literaturanalyse an, um einen Gesamteinblick in das Thema „Ostdeutschland“ und die dortige Demokratiezufriedenheit zu erhalten. Diese Methode eignet sich besonders gut für den Einstieg in das Forschungsfeld, da nach über zwanzig Jahren der deutschen Wiedervereinigung bereits eine große Anzahl von Fachliteratur vorhanden ist.

Außerdem sollen bezüglich der Untersuchung der Demokratiezufriedenheit bereits existierende Daten und Statistiken (ALLBUS Studien im Zeitraum zwischen 1990 und 2010) herangezogen, ausgewertet und mit Datenprogramm STATA in Form einer Sekundärdatenanalyse betrachtet werden.

Eine selbst erstellte Umfrage bietet sich dabei allerdings nicht an, da es für eine Einzelperson zu umfangreich, zu zeitintensiv, zu kostspielig und in der Konsequenz nahezu unmöglich wäre, allgemeingültige und aussagekräftige Ergebnisse zu liefern.

Die Masterarbeit behandelt das spezifische Problem der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland; damit hätte diese Untersuchung am ehesten den Charakter einer Fallstudie, also dem sogenannten „one-n Ansatz“.

Im vorgelegten Fall wird davon ausgegangen, dass die Studie diszipliniert-konfigurativ ist, da sie Deduktion und Induktion verbindet, indem bestehende Annahmen getestet und über die Analyse des Falles neue Annahmen aufgestellt werden (Muno 2009, S.118-119). Die Methode der Fallstudie wird bewusst gewählt, da das Thema dadurch an Tiefe und Dichte des Verstehens gewinnt (Sartori 1994, S. 121).

Es sollte jedoch ebenso angemerkt werden, dass es sich bei Ostdeutschland nur um eine Teilregion von der BRD handelt, aufgrund dessen wird ebenso ein Ost-West Vergleich

bezüglich Demokratiezufriedenheit berücksichtigt, um die unterschiedlichen Ausmaße aufzuzeigen. Im methodologischen Vordergrund liegt allerdings, wie bereits erwähnt, die auf Ostdeutschland basierende Fallstudie.

II Theoretischer Teil

1 Thematischer Rahmen

In vielen Modellen des politischen Systems bzw. des politischen Wandels und den damit zusammenhängenden Ideen, von u.a. Easton (1965) oder Almond und Powell (1978), wird politische Unterstützung als eine der bedeutendsten und zentralen Determinanten für die Stabilität von politischen Systemen angesehen und stellt in diesem Zusammenhang auch die theoretische Basis für den spezifischen Fall der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland dar.

Zwar gibt es ebenso Nebenerscheinungen, die auf die Stabilität eines System einwirken können, diese sind jedoch von einer geringeren Relevanz. Kurzum kann also von einer Einwirkung politischer Unterstützung auf die Stabilität eines politischen Systems gesprochen werden.

Die Unterstützung von Demokratie stellt unter den Bürgern der neuen Bundesländer aber auch deshalb einen relevanten Untersuchungsfaktor dar, weil diese eng mit dem Begriff der Zufriedenheit verflochten ist. Dies kann insofern begründet werden, dass politische Unterstützung die Zufriedenheit mit einem System reflektiert und auf sie einwirkt.

In der DDR wurde das System des Staatssozialismus beispielsweise nicht unterstützt, die politische Kultur war nicht zufrieden und es kam zu einer „Revolution“. Dieses Beispiel wurde zwar stark vereinfacht dargestellt, doch kann man daran zumindest die Bedeutung und die Wechselwirkung zwischen Unterstützung und Zufriedenheit mit einem System erkennen.

Die politische Unterstützung spielt aber ebenso im Rahmen des deutschen Staates eine Rolle. Dies geschieht in jener Hinsicht, dass vor allem gemeinsame Einstellungen zur Demokratie Ost- und Westdeutschland beim Zusammenwachsen helfen könnten.

David Easton beschreibt politische Unterstützung als „(..) *an attitude by which a person orients himself to an object either favorably or unfavorably, positively or negatively.*“ (Easton 1975, S. 436)

Trotz der immensen Bedeutung in der sozialwissenschaftlichen Forschung, gibt es ebenso Kritikpunkte und Einwände in der Analyse der Stabilität von politischen Systeme. Diese liegen vor allem darin, dass Stabilitätskonzepte Wandel nicht systematisch berücksichtigen können (vgl. Fuchs 1989, S. 6). Bei Easton scheint dieser Kritikpunkt nicht

zu greifen, da er von „persistence with and through change“ (vgl. Easton 1965, S. 84) spricht und damit statische Blickpunkte auf ein politisches System vermeiden will.

Ein Regime ist dabei in erster Linie dann persistent, wenn es seine zentralen Strukturelemente behaupten und auf Veränderungen in der Umwelt reagieren kann.

Prinzipiell kann davon ausgegangen werden, dass Demokratiezufriedenheit für die Stabilität von Demokratie wichtig bzw. sogar entscheidend ist.

Im Fall der neuen Bundesländer kommt jedoch zusätzlich die Spezifik hinzu, dass sich jene Region nach der Systemtransformation für einen bestimmten Zeitraum noch im sogenannten Demokratisierungsprozess befunden hat. Dieser Prozess brachte gravierende Veränderungen in den wesentlichen Grundlagen des politischen Regimes mit sich. Aufgrund der mit dem neuen Staatsystem verbundenen Veränderungen kam es in der Folge nahezu zwangsläufig zu Instabilität. Man kann also annehmen und ableiten, dass sich Demokratiezufriedenheit erst über einen bestimmten Zeitraum entwickeln und etablieren muss, um dem gegebenen System Stabilität zu verleihen.

Nach Almond und Powell (1978) besteht ein politisches System aus zwei Grundbausteinen: der Struktur und der Kultur. Bei der Struktur geht es insbesondere um Institutionen und bei der Kultur um Einstellungen und Werte.

Diese beiden Faktoren tragen in einem starken Maße dazu bei, dass ein System stabil ist. Allerdings kommen jene Aspekte nur dann zu ihrer vollen Entfaltung“, wenn eine Kongruenz, also eine gewisse „Harmonie“ bzw. Übereinstimmung, zwischen ihnen besteht (vgl. Almond und Verba 1963, S. 21).

2 Das Konzept politischer Unterstützung von David Easton

In der empirischen Analyse politischer Unterstützung kann davon gesprochen werden, dass sich die (System-)Theorie nach David Easton (vgl. 1965b) am ehesten durchgesetzt hat und weitestgehend wohl die größte Akzeptanz und Allgemeingültigkeit besitzt.

Diese Tatsache kann dadurch begründet werden, dass das Unterstützungskonzept Eastons Bestandteil einer differenzierten Theorie des politischen Systems ist und somit eine Einordnung von empirischen Ergebnissen in systematische Zusammenhänge ermöglicht. Desweiteren ist das Unterstützungskonzept nach Easton operationalisierbar und in der Konsequenz für empirische Analysen zugänglich (vgl. Fuchs 1989, S. 12).

Der Ausgangspunkt der Überlegungen von Easton war die Frage, wie das politische System seine Funktion, Forderungen aus der Gesellschaft in bindende Entscheidungen für die Gesellschaft umsetzen zu können, aufrecht erhalten kann (vgl. Jacobs 2004, S.64).

Das politische System hat die Funktion der autoritativen Allokation von Werten für die Gesellschaft. Dabei werden Personen, die politische Rollen ausfüllen, als Mitglieder eines Systems bezeichnet (vgl. Easton 1965a, S.56-57).

Ein politisches System bringt die Tatsache mit sich, dass bestimmte Erwartungshaltungen an dasselbe gerichtet werden und diverse Forderungen aus der Gesellschaft entstehen, die schließlich zu bindenden Entscheidungen für die Gesellschaft verändert werden.

Dieser Prozess kann allerdings nur aufrecht erhalten werden, falls das politische System ein ausreichendes Ausmaß an Unterstützung erhält.

2.1 Unterstützungstypen

Bei den Untersuchungen von Easton spielt die Aufteilung in *spezifische* und *diffuse Unterstützung* eine zentrale Rolle. Easton betrachtet Unterstützung gewissermaßen als Instrument oder als Einstellung, mit dem sich eine Person eine Meinung bezüglich eines Objektes macht.

„Typically, members of a political system may find themselves opposed to the political authorities, disquieted by their policies, dissatisfied, with their conditions of life and, where they have the opportunity, prepared to throw the incumbents out of office. At times such conditions may lead to fundamental political or social change. Yet at other times, in spite of widespread discontent, there appears to be little loss of confidence in the regime – the underlying order of political life – or of identification with the political community. Political discontent is not always, or even usually, the signal for basic political change (Easton 1975, S. 436).”

Easton nimmt eine Unterteilung vor, weil es wichtig ist, Unzufriedenheit als mögliche Gefährdung eines politischen Systems zu klassifizieren und in verschiedene Typen zu unterscheiden.

Im Fall der *spezifischen Unterstützung* (vgl. Easton 1965b) ist die Quelle wichtig, die eine bewertende Person dazu veranlasst zu entscheiden, ob sie mit einem politischen System zufrieden oder unzufrieden ist.

Spezifische Unterstützung entsteht also erst, wenn sich eine Person bereits eine Meinung, bezüglich der Berücksichtigung der eigenen Wünsche oder der Erfüllung der Forderungen, gebildet hat (z.B. zufrieden oder unzufrieden). Kurzum wird die *spezifische Unterstützung* als Zufriedenheit mit dem Output eines politischen Systems verstanden bzw. mit den Akteuren, die diese Outputs produzieren. Falls hier dauerhaft eine Enttäuschung über die Amtsführung der Akteure eintritt, kann nicht von der Persistenz eines politischen Systems ausgegangen werden, weil es voraussichtlich in einem bestimmten Zeitrahmen zur Unzufriedenheit kommen wird (vgl. Jacobs 2004, S.68).

Da ein politisches System nur schwer auf der alleinigen *spezifischen Unterstützung* beruhen und auf diese Weise nicht auf Dauer überleben kann, führt Easton ebenso den Begriff der *diffusen Unterstützung* (vgl. Easton 1975) ein, wo die Unterstützung nicht nur davon abhängig ist, welche Leistungen das System erbringt. Es handelt sich hierbei um eine tiefe Verbundenheit mit einem politischen System *um seiner selbst willen* (Easton 1975, S.344).

Diffuse Unterstützung kennzeichnet sich also nicht nur durch den Output bzw. besondere Leistungen eines politischen Systems; es geht vielmehr darum, was ein Objekt darstellt und widerspiegelt.

„Es handelt sich dabei um eine tiefsitzende affektive Bindung an das politische System, die in erster Linie durch den primären Sozialisationsprozess aufgebaut wird und in zweiter Linie durch Sozialisation im Erwachsenenalter sowie durch konkrete Erfahrungen (Easton 1975, S.445).“

Die *diffuse Unterstützung* wird also bereits im Sozialisationsprozess und durch erlebte Erfahrungen gefestigt.

2.2 Dimensionen der diffusen Unterstützung

Bei der diffusen Unterstützung nimmt David Easton eine weitere Unterteilung vor und sieht in jenem Begriff zwei unterschiedlich Dimensionen. Die erste Dimension bezeichnet Easton als *Legitimität* (vgl. Easton 1975). Dabei geht es um die Überzeugung eines Individuums, dass das Objekt den persönlich gewollten moralischen Werten und Normen entspricht.

Die zweite Dimension hingegen bezeichnet Easton als *Vertrauen* (vgl. Easton 1975).

Dieses *Vertrauen* basiert allerdings, im Gegensatz zur spezifischen Unterstützung, nicht auf dem persönlichen *kurzfristigen Nutzen* für ein Individuum, sondern vielmehr auf einer Gesamtheit, also gewissermaßen auf einer gesamten Kette von Leistungen, die eine Autorität vollbracht hat. Easton verwendet dafür den Begriff des *generalisierten Nutzens*.

Hier ist es wichtig anzumerken, dass Easton diese Differenzierung insbesondere mit dem Fokus auf die Objektklassen des *Regimes* und der *Autorität* bezieht; die *politische Gemeinschaft* ist dagegen nicht im Hauptaugenmerk dieser Unterteilung.

Die Beziehung bzw. die Wechselwirkung zwischen *spezifischer* und *diffuser Unterstützung* spielt insbesondere im Hinblick auf die Entstehung einer neuen politischen Ordnung eine bedeutende Rolle. Es ist sicher davon auszugehen, dass sich eine generalisierte Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Output des politischen Systems auch positiv auf *diffuse Unterstützung* auswirkt (vgl. Jacobs 2004, S. 71). Umgekehrt kommt diffuse Unterstützung aufgrund anhaltender Unzufriedenheit mit den Leistungen eines Systems nicht zur vollen Entfaltung. Nach David Easton sind diffuse und spezifische Unterstützung unabhängig voneinander (vgl. Easton 1975, S.444).

Diesem Punkt kann jedoch insofern widersprochen werden, dass Bevölkerungen, übertragen auf junge Demokratien, dem Regime zunächst einen Vertrauensvorschuss gewähren, da sie schlechte Erfahrungen mit der alten Regierungsform machten und vorerst nachvollziehen, dass die Leistungen der neuen Eliten, u.a. aufgrund einer schwierigen Vergangenheit, den hoffnungsvollen Erwartungen noch nicht entsprechen können. Diese Phase ist jedoch nicht von langer Dauer und schließlich muss sich auch ein neues politisches Regime um *diffuse Unterstützung* bemühen (vgl. Jacobs 2004, S.72). *Diffuse* kann also in diesem Zusammenhang durchaus auch auf die *spezifische Unterstützung* einfließen.

2.3 Objektklassen des politischen Systems

Neben dem Output (wie oben beschrieben) spielt auch das Objekt in der Forschung von Easton eine gewichtige Rolle. Hier wird das politische System in die Objektklassen *politische Gemeinschaft*, *Regime* und *Autoritäten* untergliedert (vgl. Easton 1965b, S. 171-215).

Zunächst besteht die *politische Gemeinschaft*, die sich als, durch politische Tätigkeiten verbundene, Personengruppe versteht. Ein politisches System benötigt dabei eine möglichst hohe Anzahl an politischen Beziehungen, durch die einzelne Mitglieder aneinander gebunden sind. Unter *politischer Gemeinschaft* wird eine Gemeinschaft von Individuen verstanden, die eine minimale Bereitschaft zeigt, an der Lösung von politischen Problemen gemeinsam zu arbeiten. Es handelt sich im Prinzip um das Mitgliederkollektiv eines politischen Systems.

Die Objektklasse des *Regimes* beschreibt die grundsätzlichen Prozeduren, Regeln und Verhaltenserwartungen, durch die Ereignisse politischen Handelns ihre bindende Kraft erhalten und Aushandlungsprozesse gesteuert werden. Die Verhaltenserwartungen unterteilen sich wiederum in grundlegende Werte, Normen und Autoritätsstrukturen. Werte dienen dazu, um Grenzen aufzuzeigen, was im politischen Alltagsgeschäft erlaubt ist, ohne die Gefühle wichtiger Segmente einer Gemeinschaft zu verletzen oder zu missachten.

Normen spezifizieren die Verfahrensart, die hinsichtlich der Umsetzung von Forderungen der Gesellschaft erwartet und akzeptiert wird. Sie bezeichnen die Art und Weise, wie sich die Mitglieder eines Systems im politischen Leben verhalten sollen.

Die Autoritätsstrukturen bestimmen schließlich die formellen und informellen Grundmuster, wie Macht im Hinblick auf die Umsetzung von politischen Entscheidungen verbreitet und organisiert wird.

Abschließend soll die Objektklasse der *Autoritäten* behandelt werden. Diese werden als Inhaber der einzelnen Rollen bezeichnet, die eine Institutionsstruktur ausmachen.

Autoritäten müssen sich mit aktuellen Ereignissen des politischen Tagesgeschäfts beschäftigen; sie müssen von den meisten Mitgliedern eines politischen Systems anerkannt sein und ihre Handlungen müssen größtenteils als verbindlich und verpflichtend angesehen werden. Üblicherweise werden u.a. Führungskräfte, Gesetzgeber, Abgeordnete, Richter, Administratoren, Monarchen etc. als Inhaber von Autoritätsrollen verstanden. Die Autoritäten füllen ihre Ämter allerdings nur in einem begrenzten Zeitraum aus.

Die Spanne der *Autoritäten* ist groß und kann in zwei Schichten geteilt werden. Auf einer Seite gibt es jene *Autoritäten*, die eine primäre Verantwortung für das Treffen von Entscheidungen auf dem höchsten Niveau erworben haben; auf der anderen Seite stehen jedoch jene Inhaber, deren Autoritäten weitaus geringer sind (vgl. Easton 1965b, S. 171-215).

Die unten dargestellte Graphik in Abbildung 6 zeigt nun in einer übersichtlichen und zusammengefassten Form wiederholt die genannten Aspekte der politischen Unterstützung nach David Easton auf.

Aus dieser Graphik und der visuellen Darstellung sticht die Tatsache heraus, dass der Output- sowie der Objektbezug in der Forschung von Easton eine zentrale Rolle spielt.

Diese Form der Analyse scheint insgesamt sehr plausibel und effektiv zu sein, da im vorgestellten Modell die bedeutendsten Verankerungen eines politischen Systems berücksichtigt und zudem sozialpsychologische Aspekte, die schließlich auf ein System einfließen, miteinbezogen werden.

Abbildung 6: Eastons Konzept politischer Unterstützung⁸

		Unterstützungsobjekte			
		Politische Gemeinschaft	Regime	Autoritäten	
Unterstützungs- typen	Diffus	Quellen:			
		Normen/ Werte	Identifikation mit der politischen Gemeinschaft	Legitimität des Regimes	Legitimität der Autoritäten
	Spezifisch	Generali- sierter Nutzen		Vertrauen in das Regime	Vertrauen in die Autoritäten
		Kurz- fristiger Nutzen			Zufriedenheit mit den alltäg- lichen Outputs

3 Exkurs: Der Begriff der politischen Institutionen

Im folgenden Abschnitt soll explizit auf den Begriff der politischen Institutionen eingegangen werden, da im Laufe dieser Arbeit zwar mehrmals der Bezug zu Unterstützungsobjekten stattgefunden hat, jedoch ohne im Detail zu veranschaulichen, durch welche Einzelheiten der Institutionsbegriff im weiteren Sinne geprägt ist.

Prinzipiell sollte es im Erklärungsrahmen des Modells der Unterstützung eines politischen System nach Easton deutlich geworden sein, dass politische Institutionen gewisse Orientierungspunkte für die Gesellschaft und wichtige Indikatoren für die Zufriedenheit der Bürger mit einem System darstellen. Allerdings sollte für das komplette Verständnis

⁸ Quelle: Fuchs, Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland.

Opladen: Westdeutscher Verlag.

ebenso darauf eingegangen werden, welche Handlungsformen Institutionen besitzen und welche vorwiegend genutzt werden.

In dieser Analyse wird der Institutionsbegriff aus *restriktiver*, *umfassender* und *klassischer* Sicht bearbeitet, da diese Ströme in der Praxis am ehesten umgesetzt werden können.

Wie viele andere traditionelle Begriffe aus der Disziplin der Sozialwissenschaften hat auch der Institutionsbegriff eine Vielzahl an unterschiedlichen Verständnisweisen.

Den Kern des Institutionsbegriffs bilden nach einer eher allgemeinen Auffassung *Regeln*, die das Handeln von Individuen steuern, sodass in der Folge regelmäßige Interaktionsmuster entstehen und eine soziale Ordnung konstituiert wird (vgl. Rothstein 1996, S. 145).

Aufgrund dieser „Basisdefinition“ gibt es allerdings Differenzen zwischen verschiedenen Forschern. Dabei geht es insbesondere um die Frage, welchen Stellenwert die Regeln haben bzw. was ihnen zuzurechnen ist.

Die unterschiedlichen Forschungsansichten lassen sich in drei handlungsweisende Richtungen klassifizieren.

Bei der ersten Richtung handelt es sich um einen *restriktiven* Institutionsbegriff.

Nach diesem Verständnis bestehen Institutionen lediglich aus formalisierten Regeln, die durch Sanktionen stabilisiert werden. Ein geeignetes Beispiel für diese formalisierten Regeln sind die Rechtsnormen von Verfassungen, die politische Institutionssysteme definieren.

Beim *restriktiven* Institutionsbegriff wird jedoch häufig kritisiert, dass er stark von der Wirklichkeit abweicht. Diese Kritik kann durchaus bekräftigt werden, da das Handeln von Akteuren nicht nur von formalisierten Regeln abhängt, sondern auch von gemeinsamen Wertorientierungen und bestimmten Gewohnheiten gesteuert wird.

Die zweite Richtung kann durch einen *umfassenden* Institutionsbegriff charakterisiert werden.

"By 'rules' we mean the routines, procedures, conventions, roles, strategies or organizational forms, and technologies around which political activity is constructed. We also mean the beliefs, paradigms, codes, cultures, and knowledge that surround, support, elaborate, and contradict those roles and routines." (March/ Olsen 1989, S.22)

Die dritte Richtung kann schließlich durch einen *klassischen* Institutionsbegriff umrissen werden. Der *klassische* Institutionsbegriff geht auf Max Weber zurück und wurde von Parsons weiter ausgearbeitet. Auf das Essenzielle zusammengefasst sind Institutionen dabei selektive Implementationen von kulturell anerkannten Werten in Form von verbindlichen Handlungsregeln für bestimmte Handlungskontexte.

Die Handlungssteuerung der Akteure durch die implementierten Regeln kann hier nur unter jener Voraussetzung gelingen, dass die Werte und Normen, die in ihnen inkorporiert sind, auch von den Akteuren *internalisiert* sind, also eigene Handlungsmotive der Akteure darstellen (vgl. Fuchs 1996b, S.4-6).

Nach dem *klassischen* Institutionenbegriff liegen Institutionen also nur dann vor, wenn die Handlungsregeln durch kulturell anerkannte Werte legitimiert werden können und wenn diese Werte gleichzeitig von den individuellen Akteuren *internalisiert* sind.

Institutionen können insbesondere nach diesem Verständnis ihre Wirksamkeit behaupten, für Stabilität in einer sozialen Ordnung bzw. in einem politischen System sorgen und in der Gesamtheit ein Grundgerüst darstellen.

Aus den drei unterschiedlichen Institutionsbegriffen scheint der *klassische* am plausibelsten zu sein, da hier das Hauptaugenmerk neben den Akteuren ebenso auf Erscheinungen wie z.B. Wertorientierung und Normen liegt.

Die drei unterschiedenen Analysedimensionen beinhalten beim *klassischen* Institutionsbegriff also kulturelle Werte, Handlungsregeln sowie Regel-Konformität im tatsächlichen Handeln der Akteure. Nach Fuchs (1996b) besteht hier jedoch das Problem einer eher störenden Verengung des Blickwinkels, falls Handlungs-Regeln mit *anerkannten* Werten verkoppelt werden, da implementierte Handlungsregeln und anerkannte kulturelle Werte korrespondieren können, aber nicht zwangsläufig müssen. Die Einführung von Demokratie in Ostdeutschland kurz nach dem „Mauerfall“ wäre ein Beispiel dafür. In den ersten Jahren nach diesem Wendepunkt war es, trotz der mit dem neuen System verbundenen Hoffnung auf Besserung, eine unbeantwortete Frage, ob die „neuen“ Werte und Normen von den Bürgern auch akzeptiert oder sogar internalisiert werden (vgl. Fuchs 1996b, S.6).

Aufgrund von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen ist es schwierig herauszufiltern, wie die Beziehung zwischen Werten und Normen ist, da das Verhältnis insgesamt variabel ist. Trotzdem sollte in der Regel von einem *klassischen* Institutionenverständnis ausgegangen werden, da Regeln und etwaige Sanktionen alleine nicht genügen, um eine Gesellschaft zu koordinieren. Auch auf die Bedürfnisse der Bürger muss ein Bezug genommen werden.

4 Die Weiterentwicklung des Konzeptes politischer Unterstützung nach Dieter Fuchs

Im Folgenden liegt die Konzentration auf der Weiterentwicklung des Konzeptes politischer Unterstützung nach Dieter Fuchs. In dieser Arbeit wird ausgerechnet Fuchs berücksichtigt, weil er sich mit der Unterstützung eines politischen Systems im expliziten Fall der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt und seine Erkenntnisse damit von einer zusätzlichen Bedeutung für das gegebene Thema sind.

Prinzipiell baut das Modell von Fuchs auf jenem von David Easton auf.

Die *Unterstützungsobjekte* werden übernommen. Dieter Fuchs nimmt jedoch, neben dem Begriff der *Unterstützungstypen*, eine Spezifizierung der *Orientierungsmodi* vor.

Diese werden im weiteren Verlauf in *expressiv*, *moralisch* und *instrumentell* unterteilt. Desweiteren entsteht eine neue Komponente unter der Bezeichnung *Effektivität*.

Insgesamt existieren nach dem analytischen Schema neun verschiedenen Arten der politischen Unterstützung. Das unten abgebildete Schema soll nun den weiteren Erklärungsvorgang vereinfachen und visuell unterstützen.

Abbildung 7: Analytisches Schema nach Dieter Fuchs⁹

		Orientierungs-Objekte		
		Politische Gemeinschaft	Regime	Autoritäten
Orientierungs-Modi	Expressiv	IDENTIFIKATION mit der politischen Gemeinschaft	Identifikation mit dem Regime	Identifikation mit den Autoritäten
	Moralisch	Legitimität der politischen Gemeinschaft	LEGITIMITÄT des Regimes	Legitimität der Autoritäten
	Instrumentell	Effektivität der politischen Gemeinschaft	Effektivität des Regimes	EFFEKTIVITÄT der Autoritäten

⁹ Quelle: Fuchs, Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland.

Opladen: Westdeutscher Verlag.

Es wird davon ausgegangen, dass gegenüber jedem der drei Objekte des politischen Systems jeweils eine Unterstützungsform dominiert. Bei der *politischen Gemeinschaft* ist es die *Identifikation*, bei dem *Regime* die *Legitimität* und den *Autoritäten* die *Effektivität*.

Eine primär *instrumentelle* Orientierung (*Effektivität*) gegenüber den Autoritäten erfolgt aufgrund der spezifischen Funktion der Autoritäten, nämlich der konkreten Transformation von Forderungen (demand) in Outputs. Gegenüber dem Regime sollte die *moralische* Orientierung (*Legitimität*) dominieren, da die Rechtfertigungsgründe von Strukturen des politischen Systems in der Regel auf moralischen Normen und Werten beruhen.

Die *expressive* Orientierung (*Identifikation*) ist gegenüber der politischen Gemeinschaft als der dominante Orientierungsmodus, weil das Objekt selbst durch Identifikation mitgestaltet wird (vgl. Fuchs 1989, S.28-29).

Nach den Erklärungen wird einmal mehr deutlich, dass das analytische Schema auf dem Modell von Easton basiert. Der Begriff des *Vertrauens* wurde durch jenen der *Effektivität* ersetzt. Dieser Vorgang hat den Vorteil, dass der Begriff *Effektivität* einfacher damit assoziiert werden kann, was als instrumentelle Orientierung gemeint ist.

Eine Gegenüberstellung zwischen Eastons Modell und dem analytischen Schema würde nach Fuchs (1989) folglich folgendermaßen zugeordnet werden:

Abbildung 8: Zuordnung Eastons Modell/Analytisches Schema¹⁰

<u>EASTON</u>		<u>SCHEMA</u>
Identifikation mit der Politischen Gemeinschaft	→	Identifikation mit der Politischen Gemeinschaft
Legitimität des Regimes	→	Legitimität des Regimes
Legitimität der Autoritäten	→	Legitimität der Autoritäten
Vertrauen in das Regime	→	Effektivität des Regimes
Vertrauen in die Autoritäten	→	Effektivität des Regimes
Zufriedenheit mit den alltäglichen Outputs	→	Effektivität der Autoritäten

Es sollte hierbei allerdings erläutert werden, weshalb das „Vertrauen in die Autoritäten“ der „Effektivität des Regimes“ zugeordnet wurde. Der Grund liegt darin, dass Vertrauen bei Easton eine Dimension diffuser Unterstützung ist und sich damit durch Generalisierung von spezifischer Unterstützung abgrenzt. In der Folge sind Autoritäten nicht mehr das adäquate Objekt der Unterstützung, da von ihnen als Rolleninhabern abgesehen wird (vgl. Fuchs 1989, S.26-29).

Die Weiterentwicklung des Modells der Unterstützung eines politischen Systems nach Easton scheint insbesondere daher sinnvoll, weil auf diesem Wege auch andere Modelle und Konzepte der politischen Unterstützung darin eingebaut und integriert werden können. Insgesamt scheint die im analytischen Schema vorgenommene Differenzierung sinnvoll und einfach zu sein. Der große Vorteil ist, ähnlich wie bei Easton, dass die Modelle sehr realitätsnah sind und somit eine praktisch ausgeübte Forschung vereinfachen.

¹⁰ Quelle: Fuchs, Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

5 Bedeutung der politischen Kultur

Der Begriff der politischen Kultur ist ein wichtiger Bestandteil politischer Geschehnisse und gehört prinzipiell zum Kern einer politischen Ordnung. Die politische Kultur trägt, durch ihr Verhalten und die etwaige Unzufriedenheit bzw. Zufriedenheit, in großem Maße dazu bei, wie gut und erfolgreich ein politisches System funktioniert und ob es sich über einen längeren Zeitraum halten kann.

Es gibt keine einheitliche Definition für die politische Kultur; sie sollte aber folgende Mindestmerkmale beinhalten:

„Politische Kultur bezieht sich auf einen eigenständigen Kontext politikwissenschaftlicher Analyse im Sinne der „subjektiven“ Dimension von Politik. Politik umfasst dabei sowohl das gesellschaftliche Vorfeld und den Input-Bereich des politischen Systems (politics) als auch die zentralen politischen Institutionen (polities) und konkrete Politikfelder (policies). In diesem Rahmen sind sowohl die ablaufenden politischen Prozesse als auch die längerfristigen Veränderungen (political development) von Bedeutung. Im zuletzt genannten Sinn wird auch die Bedeutung der historischen Analyse für die Politische Kultur-Forschung deutlich. Über individuelle Sozialisationsprozesse hinaus sind hierbei auch für größere Gruppen und ganze Gesellschaften wirkende kollektive Einflüsse zu beachten. Hier liegt auch der Ansatzpunkt für die Untersuchung politischer Symbole, d.h. „semiologische“ u.a. „holistisch“ ausgerichtete Analysen. Damit wird auch der Schnittpunkt (und die gegenseitige Ergänzung!) eher idiographisch-historischer und eher systematisch-quantifizierender Untersuchungsansätze und Methoden in der Politischen Kultur-Forschung markiert. Zu den vorrangig zu untersuchenden Variablen im Rahmen dieses Kontexts sind sicher auch Erscheinungsformen und Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation und „typische Konfliktlösungsmuster“ zu zählen. Neben Politischer Kultur als Kontext können „subjektive“ Faktoren aber auch als eigenständige unabhängige Variable im Rahmen konkreter Analysen, zumindest als zunächst nicht weiter aufschlüsselbare „Residual-Kategorie“ verstanden werden. Alle diese Aspekte gewinnen im innergesellschaftlichen (auch klassen- und schichtspezifischen, regionalen u.a. „kommunalistischen“) und historischen, aber auch „cross-cultural“ Vergleich erst ihre Aussagekraft und jeweiligen Stellenwert.“ (Berg-Schlosser/Schissler 1987, S. 17)

Vor allem Gabriel Almond prägte den Begriff der politischen Kultur, indem er davon ausgegangen ist, dass politische Systeme in spezifische Orientierungsmuster (*pattern*) gegenüber dem politischen Verhalten eingegliedert sind. Im Effekt muss sich ein politisches System dem politischen Verhalten der Bürger gewissermaßen unterordnen. Die politische Kultur spiegelt in ihrem gesamten Dasein die politischen Vorstellungen einer Gesellschaft wieder.

In einer der bedeutendsten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Thema der politischen Kultur von Almond und Verba unter dem Titel „*The Civic Culture*“ (1963), wurden über 5000 Personen im Verlauf einer Studie zu den Problemen von Demokratie und politischer Partizipation in ihren Ländern befragt. Almond und Verba richteten ihren Blick bei den Untersuchungen insbesondere auf das individuelle Verhalten und seine determinierenden Faktoren.

„The term „political culture“ thus refers to the specifically political orientations – attitudes toward the political system and its various parts, and attitudes toward the role of the self in the system. ...When we speak of the political culture of a society, we refer to the political system as internalized in the cognitions, feelings, and evaluations of its population. ...The political culture of a nation is the particular distribution of patterns of orientation toward political objects among the members of the nation.” (Almond/Verba 1963, S.12-13)

Das Zitat verdeutlicht in einer klaren Weise, worum es sich bei einer politischen Kultur handelt, worauf diese basiert und was sie schließlich ausmacht.

Die politische Kultur umfasst sowohl politische Ideale als auch die Normen eines Gemeinwesens. Dabei kann von einer Wechselwirkung zwischen dem politischen System und den Mitgliedern jenes Systems gesprochen werden, da sie ein Produkt der kollektiven Geschichte eines politischen Systems und der Lebensgeschichten sowie Erfahrungen der einzelnen Mitglieder dieses Systems zu sein scheint.

Auf der Basis des Werkes „*Civic Culture*“ (1963) kann vorläufig zusammengefasst werden, dass es sich bei dem Konzept der politischen Kultur um ein analytisches Konzept handelt, welches unterschiedliche länder- und gesellschaftsspezifische sowie politische Einstellungen untersucht und bearbeitet.

Die Beziehung zwischen dem politischen System, dessen tragenden Institutionen und den einzelnen Mitgliedern ist in diesem Modell von zentraler Bedeutung. Es scheint legitim zu behaupten, dass sich das politische System durch seine Mitglieder definiert und eine gesamte politische Kultur nur dann harmonisch funktionieren kann, wenn sich die einzelnen

Mitglieder mit einem politischen System identifizieren. Bestimmte Verhaltenstendenzen einer politischen Kultur resultieren in einem politischen System stets aus der generellen Zufriedenheit. Es ist dabei festzuhalten und logisch abzuleiten, dass in jedem Staat bzw. in jeder Gesellschaft eine spezielle Form der politischen Kultur vorherrscht.

5.1 Arten politischer Kultur

Die unterschiedlichen Typen von politischen Kulturen ergeben sich aus den verschiedenen Kombinationen von Orientierungsformen und Zielobjekten. Hierbei muss angemerkt werden, dass es sich um Idealtypen handelt, um eine bessere und einfachere Unterteilung vornehmen zu können. Im alltäglichen Leben neigen die verschiedenen Arten politischer Kultur dazu, ineinander überzugehen und sich zu überschneiden. Dies wiederum hat die Ursache, dass sich individuelle Präferenzen differenzieren können und die intellektuelle Basis von Individuen verschieden ist.

Abbildung 9: Objekte politischer Orientierung¹¹

	Einstellung zum Gesamtsystem	Einstellung zu Inputstrukturen	Einstellung zu Outputstrukturen	Persönliche partizipative Rolle
Parochiale Kultur	-	-	-	-
Untertanenkultur	X	-	X	-
Partizipative Kultur	X	X	X	X

Die Beziehung zwischen den Bürgern und dem Staat kennzeichnet sich in der *Parochialen Kultur* durch wechselseitige „Nichteinmischung“. Die politische Orientierung ist sehr schwach ausgeprägt. Der Bürger ist an Politik grundsätzlich nicht

¹¹ Tabelle angelehnt an Almond, Gabriel A., Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture*. Princeton: Princeton University Press.

interessiert und besetzt keine politischen Rollen. Er stellt keine Erwartungen an das politische System und führt die Vorhaben der Regierung gewissermaßen willenslos aus. Insgesamt tritt das politische System nicht ins Bewusstsein. Andere gesellschaftliche Verankerungen, wie z.B. Familie, Dorf, religiöse Gemeinschaft sind näher als der Staat. Ein Beispiel für *Parochiale Kulturen* sind Stammes- und Feudalkulturen mit uneingeschränkter göttlich gegebener Autorität der Herrschenden.

In der *Untertanenkultur* hingegen bewertet der Bürger die Leistungen der herrschenden Eliten (Output) sowie das politische System in seiner Gesamtheit.

Das Individuum sieht sich selbst allerdings nicht als politisch aktiven Akteur und beobachtet die politischen Prozesse aus einer eher unpolitischen Sicht. Obwohl er hier politisch kompetent sein kann, zeichnet sich der Bürger also durch Passivität aus, was zur deutschen Bezeichnung dieses Typus als „*Untertanenkultur*“ führte. Die politische Orientierung richtet sich auf ein politisch-administratives System. Der Bürger versteht sich als Objekt staatlichen Handelns. Ein Beispiel hierfür stellt das deutsche Kaiserreich dar.

In der *Partizipativen Kultur* besitzen die Bürger schließlich ein grundlegendes politisches Wissen, nehmen an der Entwicklung des Systems teil und realisieren ebenso ihre Beteiligungsmöglichkeiten. Die Politische Orientierung ist in diesem Beispiel voll ausdifferenziert (vgl. Almond/ Verba 1963, S. 17-20).

Im Idealfall setzen sich die Grundbausteine der Bürgerkultur, also der sogenannten *Civic Culture*, aus der *Parochialen Kultur*, der *Untertanenkultur* sowie der *Partizipativen Kultur* zusammen.

Wie zu Beginn dieses Abschnitts jedoch bereits hervorgehoben wurde, handelt es sich bei dieser Unterteilung um theoretisch konstruierte Idealtypen, deren reelle Umsetzung und Erscheinung eher unwahrscheinlich ist. Sie werden durch drei weitere Typen der „systematically mixed political cultures“ (Almond/Verba 1963, S. 23) weiter ausgebaut.

Bei jenen Mischtypen handelt es sich um die *Parochial-Subject Culture*, die *Subject-Participant Culture* und die *Parochial-Participant Culture*. Diese werden nicht mehr im Detail erläutert, da die essenzielle Unterteilung und folglich das Grundgerüst bereits verständlich gemacht wurde. Es ist jedoch interessanterweise festzustellen, dass die Konstellation einer *Parochial-Participant Culture* möglich ist, wo schließlich Gegensätze, wie z.B. starke partizipative Orientierungen und positive Einstellungen hinsichtlich der Strukturen des politischen Systems auf der einen und auch Elemente der Untertanenkultur auf der anderen Seite vorhanden sind.

5.2 Einfluss der politischen Kultur auf die Funktion und die Stabilität politischer Systeme

Ein politisches System ist nicht ausschließlich dann stabil und persistent, wenn die politische Struktur ihre Funktion erfüllt. Auch die politische Kultur spielt in diesem Prozess eine entscheidende Rolle. Folgerichtig kann abgeleitet werden, dass ein politisches System am ehesten fortdauernd Bestand hat und gesichert ist, falls sich die politische Struktur und die politische Kultur im Einklang befindet. Bei der Kongruenz beider Faktoren handelt es sich um eine optimale Annahme, die jedoch nicht immer der Fall sein kann bzw. sein muss.

“Political cultures may or may not be congruent with the structures of the political system. A congruent political structure would be one appropriate for the culture: in other words, where political cognition in the population would tend to be accurate and where affect and evaluation would tend to be favorable.” (Almond/Verba 1963, S. 21)

Die Stabilität einer demokratischen Ordnung wird durch die *Civic Culture*, also einer spezifische Form einer politischen Kultur, insofern ermöglicht, als dass sie (im Idealfall) Gehorsam und Respekt gegenüber den Autoritäten mit Eigeninitiative und aktiver Teilnahme verbindet.

Die Stabilität wird zudem dadurch gefördert, dass nicht alle Interessen im gleichen Moment entstehen, sondern vielmehr über eine längere Zeitspanne hinweg. Im Effekt bleibt der Druck auf ein politisches System beständig und wird gewissermaßen auch reguliert.

Durch das Zusammenspiel zwischen politischer Struktur und politischer Kultur besteht auch eine Verbindung zwischen Mikro- und Makropolitik (Almond/Verba 1963, S.32-36).

In den Überlegungen von Almond und Verba (1963) wird der Kongruenz von politischer Kultur und politischer Struktur die entscheidende Bedeutung für die Stabilität des politischen Systems eingeräumt. Diese ist generell dann vorhanden, wenn das Wissen der Bevölkerung korrekt und die affektive Komponente sowie die Bewertung des politischen Systems positiv ist. Diese Kongruenz ermöglicht eine Verbundenheit bzw. Loyalität (*allegiance*) der Bürger mit dem System und stützt folglich die Stabilität des politischen Systems.

Von diesem Faktor zu unterscheiden sind die das politische System destabilisierenden Einstellungsmuster Apathie (*apathy*) und Entfremdung (*alienation*), welche eine Instabilität des politischen Systems begünstigen (vgl. Almond/Verba 1963, S. 22).

Apathie ist dann vorhanden, wenn das Wissen über das politische System korrekt ist, aber die Gefühle und die Bewertung des politischen Systems indifferent sind.

Entfremdung hingegen herrscht dann vor, wenn es Wissen über das politische System gibt, aber Gefühle und Bewertung negativ sind (vgl. Jacobs 2004, S. 63-64).

Alle drei Formen sind wieder als idealtypische Beziehungen zu verstehen, die in den Bezugsstrukturen zu den einzelnen Orientierungsdimensionen variieren können. Es ist also durchaus möglich und realistisch, dass es Bevölkerungsgruppen gibt, die gleichzeitig kein tieferes Wissen über politische Prozesse besitzen, aber doch Antisystemneigungen aufgebaut haben. Besonders diese Personengruppe scheint für den sicheren Fortbestand eines Systems eine Bedrohung darzustellen, da ihre Handlungen aufgrund des fehlenden Wissens nicht konstruktiv sein können, ihre Motivation nicht optimal eingeordnet werden kann und es insgesamt eher ungewiss ist, in welche Richtung man hinsteuert.

Abbildung 10: Kongruenz und Inkongruenz von Kultur und Struktur¹²

Form der Kongruenz	System as General Object	Input Objects	Ouptut Objects	Self as Object (Ego)	Systemzustand
Allegiance	+1+1+1	+1+1+1	+1+1+1	+1+1+1	Stabilität
Apathy	+1 0 0	+1 0 0	+1 0 0	+1 0 0	
Alienation	+1-1-1	+1-1-1	+1-1-1	+1-1-1	Instabilität

In Abbildung 10 sieht man gewissermaßen in zusammengefasster Form die Kongruenz und Inkongruenz von Kultur und Struktur. Hier sollte angemerkt werden, dass einzelne Orientierungen gegenüber den politischen Objekten aufgelistet werden. Dabei handelt es sich bei den Werten +1, 0 und -1 um die konkreten Einstellungen. +1 steht für eine positive Haltung, 0 für keine Beziehung und -1 für eine negative Haltung. In jeder Spalte werden deshalb drei Werte aufgezählt, um zwischen kognitiver Beziehung (Wert 1), affektiver Beziehung (Wert 2) und der evaluativen Beziehung (Wert 3) zu unterscheiden.

Am Beispiel dieser Tabelle wird wiederholt deutlich, dass Verbundenheit (*Allegiance*) mit einem politischen System zu Stabilität und Entfremdung (*Alienation*) auf der anderen Seite zu Instabilität führt.

¹² Quelle: Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2006): *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS-Verlag.

6 Bedeutung der Sozialisations- und Erfahrungsspezifik für eine Demokratie

Zu den zentralen Begleiterscheinungen einer politischen Kultur und für die Unterstützung eines politischen Systems sollte ebenso die Sozialisations- und Erfahrungsspezifik hinzugefügt werden. Diese Aspekte spielen deshalb eine gewichtige Rolle, weil sie für den Einklang zwischen politischer Kultur und politischem System notwendig sind. Die Beispiele werden in Anlehnung an die Transformation bzw. den Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland präsentiert. Vom Sozialisations- und Erfahrungsprozess sind dabei natürlicherweise insbesondere jene Personen betroffen, die den Systemwechsel persönlich miterlebten und in der Konsequenz Erfahrungen mit beiden Regimetypen gemacht haben.

6.1 Bedeutung des Sozialisationsprozesses

Bei der Sozialisation handelt es sich, im Hinblick auf den hiesigen Themenschwerpunkt, um einen Prozess, in dem ein politisches System nach jenen Werten beurteilt wird, die man im Laufe des eigenen Lebens erworben hat.

Am Beispiel von Ostdeutschland und dem damit verbundenen Wandel vom Kommunismus in die Demokratie kann allein schon deshalb von der Möglichkeit der Bevorzugung eines anderen Demokratiemodells gesprochen werden, weil die Bürger der neuen Bundesländer noch von den aus DDR-Zeiten vermittelten Werten beeinflusst werden können.

Die Bewohner der neuen Bundesländer konnten vor dem Systemwechsel keineswegs beurteilen, wie eine Demokratie auf das alltägliche Leben einwirkt. Man nahm Westdeutschland als Beispiel und hat die dortigen politischen Verhältnisse und die Lebensverhältnisse insgesamt idealisiert (vgl. Gabriel 1996, S.244).

Insbesondere nach dem „Mauerfall“ hat es eine große Rolle gespielt, demokratische Werte mit der Denkweise der ostdeutschen Bevölkerung, die noch stark an den Sozialismus gebunden war, zu vereinbaren und nicht im extremen Maß zu verändern.

„As a general rule, the odds for the acceptance of democratic values in East-Central Europe should be greater, if the integration of these values into individuals' prior values does not require fundamental revisions of socialist beliefs.” (Rohrschneider 1999, S. 24)

Hier besteht jedoch das Problem, dass einige Werte des Sozialismus der Demokratie fremd sind. Mit dem Systemwechsel wurden also gravierende Einschnitte vorgenommen und machten damit eine langsame Integration der ostdeutschen Bürger in das „neue“ System nahezu unmöglich.

6.1.1 „Cultural lag“

Die Sozialisation bzw. der Sozialisationsprozess ist eng an den Begriff des sogenannten *cultural lag* gebunden. Hier geht es darum, dass die politische Kultur durch politische Erfahrung entsteht. Die Theorie des *cultural lag* sagt dabei aus, dass Wertorientierungen bereits in der primären Sozialisation, also in der Kindheit, gebildet werden und sogar bis zum Erwachsenenalter nachwirken können (vgl. Jacobs 2004, S. 100). Almond und Verba formulieren dies in folgender Weise:

„Non-political experiences in childhood may play an important part in later political attitudes and behaviour, but the impact of these experiences on politics continues throughout the adolescent and adult years. In fact there is some evidence that later experiences have a more direct political implication. Early socialization experiences significantly affect on individual's basic personality predispositions and may therefore intervene between these earliest experiences and later political behavior that greatly inhibit the impact of the former on the latter” (Almond/ Verba 1963, S. 267).

Es ist wahrscheinlich, dass sich die Wertorientierungen eines Individuums im Zeitraum zwischen Kindheit und dem Erwachsensein verändern und leicht variieren, doch es ist davon auszugehen, dass fundamentale Werte stets erhalten bleiben. Um auf das Beispiel der Systemtransformation in Ostdeutschland zurückzukommen kann behauptet werden, dass Werte, mit denen man im Sozialismus aufgewachsen ist, auch in einem anderen System, wie der Demokratie übernommen werden. Die Anpassung an ein politisches System und an die dort repräsentierten Werte ist gewissermaßen ein Generationenprozess, der jahrelang fortgeführt werden muss.

6.1.2 Gegenthesen

Die bisher gemachten Aussagen scheinen insgesamt aufzuzeigen, dass es für die ostdeutschen Bürger mit Sozialisationsprozess in der DDR nahezu unmöglich ist, die Demokratie mit ihren Werten anzunehmen. Für diese Personen ist es voraussichtlich nicht einfach, sich bedingungslos mit der Demokratie anzufreunden und alte Wertorientierungen zu vernachlässigen.

Die Umsetzung des kommunistischen Sozialisationsprozesses hatte allerdings auch Mängel, wodurch die eigenen Bürger unfreiwillig in Richtung Demokratie strebten.

Ein wichtiger Ausgangspunkt ist dabei, dass nicht alle Individuen denselben Sozialisationsprozess erlebt haben und dadurch unterschiedliche Wertorientierungen innerhalb eines Landes möglich wurden. Wichtige Beispiele sind, dass nicht alle Jugendlichen Mitglieder der kommunistischen Partei waren oder an den organisierten Freizeitaktivitäten teilgenommen haben. Rolleninhaber, wie etwa Kirchen hatten auch Einfluss auf die Sozialisation der Einzelnen (vgl. Jacobs 2004, S. 105-106). Insgesamt gab es also Abweichungen von den offiziellen Vorstellungen des Staates, wodurch die politische Kultur an Vielfalt gewann und sich gewissermaßen Parallelwelten gebildet haben.

Das Milieu und die Familie, in der man aufwächst, spielt in Hinsicht der Sozialisation die zentralste Rolle. Dort werden Werte vermittelt, die keiner spezifischen Doktrin entsprechen. Insbesondere die Familie kann bestimmte Werte von Generation zu Generation weitergeben und sich auf diesem Wege von einem politischen System nahezu völlig unabhängig machen (vgl. Allerbeck/ Kaase/ Klingemann 1980, S. 88-96).

Insgesamt sollte die Sozialisation im Kommunismus bewirken, dass die eigenen Wertvorstellungen erfolgreich an das Individuum weitergeleitet werden. Nach Jörg Jacobs (2004) hat man sich jedoch gewissermaßen selbst ein Bein gestellt, indem man das Bildungswesen ausbaute und das Bildungsniveau verbesserte. Prinzipiell charakterisierte sich ein kommunistisches Regime durch Unterdrückung sowie die Unterbindung von etwaigen Emanzipationsbewegungen. Durch das Bildungswesen konnten sich die Individuen anhand des angeeigneten Wissens allerdings selbst eine Meinung über gewisse Ereignisse und politische Prozesse bilden und in der Folge aktiv mit- bzw. gegenwirken (vgl. Jacobs 2004, S.110).

Es ist also damit zu rechnen, dass es in der DDR eine offizielle Sozialisation gemäß den Werten des Staatssozialismus gegeben hat. Aufgrund der konzeptionellen Fehler

in der Umsetzung kann jedoch in vielen Fällen von einer Art „Parallelsozialisation“ gesprochen werden, wo einerseits „offizielle Werte“ vermittelt wurden, deren Nichteinhaltung sanktioniert wurde und sich andererseits „individuelle Werte“ gebildet haben, die auf der eigenen Meinung basierten und der Regierungsform widersprochen haben.

6.2 Bedeutung von durchlebten Erfahrungen

Die Rolle der Erfahrungen unterscheidet sich in jener Hinsicht vom Sozialisationsprozess, dass sich diese insbesondere auf die Leistungen des aktuellen Systems fokussieren. Negative (individuelle) Erfahrungen mit der Demokratie oder etwa mögliche Alternativen zur Demokratie führen dabei zur Gefährdung des aktuellen Systems. Während man die Relevanz von fundamentalen politischen Werten im Sozialisationsprozess hervorhebt, wird diese Ansicht aus dem erfahrungsspezifischen Blickwinkel abgelehnt. Hier wird vielmehr davon ausgegangen, dass sich Individuen selbst eine Meinung auf der Grundlage bilden, dass sie Vor- und Nachteile von den für sie wichtigen Aspekten abwägen. In der Tat handelt es sich dabei um einen *Rational-Choice* Ansatz (vgl. Jacobs 2004, S. 119).

Es scheint jedoch äußerst schwierig zu sein, Gründe für politische Einstellungen nur mit einem spezifischen Muster zu erklären. Es ist eher der Fall, dass unterschiedliche Aspekte, wie z.B. individuelle Persönlichkeitsmerkmale, Einflüsse der Primärsozialisation sowie gesellschaftspolitische Erfahrungen, in gebündelter Form analysiert werden müssen (vgl. Gabriel 1996, S. 244).

Oscar Gabriel (1996) geht grundsätzlich davon aus, dass offene Persönlichkeiten eher dazu neigen, demokratische Grundwerte zu fördern und die Vergangenheit hinter sich zu lassen. Er vertritt auch die Meinung, dass sozialisations- oder erfahrungsspezifische Elemente die Einstellungen zu einem politischen System beeinflussen.

„Je stärker die Identifikation mit der untergegangenen DDR ausgeprägt ist, desto negativer wird die Einstellung zum politischen System der Bundesrepublik und seinen Elementen ausfallen. Je negativer die sozioökonomischen Bedingungen in der Bundesrepublik bewertet werden, desto kritischer stehen die betreffenden Personen dem politischen System der Bundesrepublik und seinen Elementen gegenüber. Performanzvariablen kommt für die Erklärung demokratischer Grundüberzeugungen eine geringere Bedeutung

zu, als für die Erklärung der Bereitschaft zur Unterstützung politischer Institutionen und Akteure.“ (Gabriel 1996, S. 269)

6.3 Interaktion zwischen Sozialisations- und Erfahrungsspezifik

Prinzipiell kann davon gesprochen werden, dass die Sozialisations- und Erfahrungsprozesse in einer Wechselbeziehung zueinander stehen und miteinander interagieren.

Ronald Inglehart (1989) verknüpft beide Prozesse und nimmt eine Unterteilung in *Sozialisations-* und *Mangelhypothese* vor.

Die *Sozialisationshypothese* kennzeichnet sich in diesem Zusammenhang dadurch, dass sich Wertprioritäten nicht unmittelbar aus dem sozioökonomischen Umfeld ergeben. Es kommt hier eher zu Zeitverschiebungen, da grundlegende Wertvorstellungen von Individuen jene Verhältnisse aufzeigen, die bereits im Kindes- bzw. Jugendalter vorhanden waren.

Die *Mangelhypothese* charakterisiert sich andererseits insbesondere durch die Wertschätzung von Dingen, die knapp sind. Das sozio-ökonomische Umfeld kreiert in diesem Falle die Prioritäten eines Individuums.

Insgesamt hat die Sozialisations- sowie die Erfahrungsspezifik eine Gemeinsamkeit von zentraler Bedeutung. In beiden Typen werden politische Einstellungen auf der Grundlage von Erfahrungen eingeschätzt. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass die Sozialisationsspezifik auf längst vergangene Erfahrungen zurückgeht, während die Erfahrungsspezifik in erster Linie auf gegenwärtigen Erfahrungen basiert.

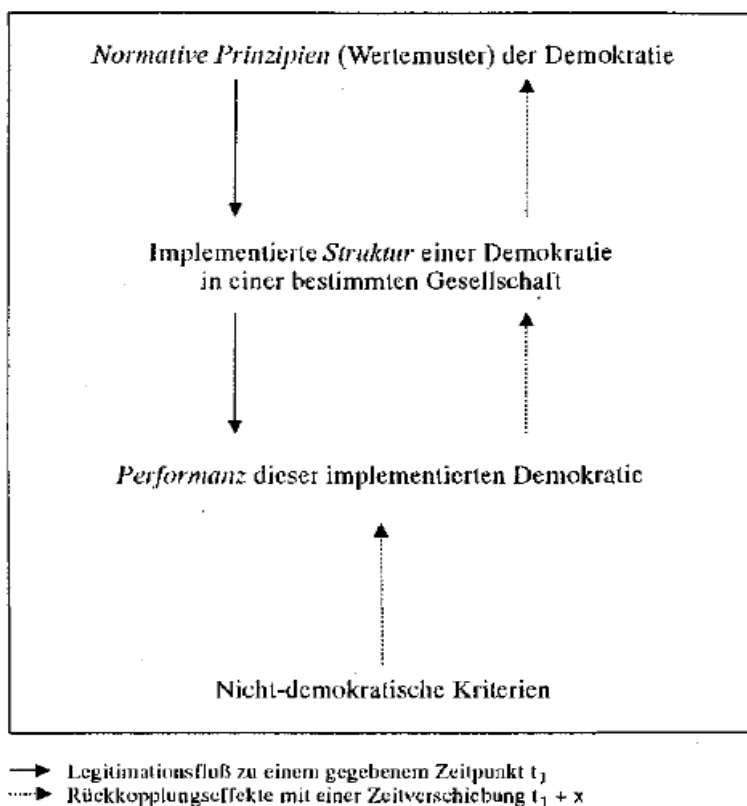
Eine Verbindung zwischen den beiden Typen könnte sich dadurch charakterisieren, dass politische Einstellungen grundsätzlich durch Sozialisationserfahrungen geformt und in Wertorientierungen verankert werden, aber im Laufe eines Lebens durch fortlaufende Ereignisse weiterentwickelt werden (vgl. Jacobs 2004, S.122-123).

7 Ebenen eines demokratischen Systems

In den bisherigen Untersuchungen wurden eher Faktoren aufgezeigt, die politische Systeme im Allgemeinen betreffen, auf diese einwirken können und folglich für die Zufriedenheit mit einem System eine immense Rolle spielen.

Im folgenden Arbeitsschritt werden die bisher angestellten Nachforschungen konkretisiert und anhand des Ebenenmodells nach Dieter Fuchs auf die Veranschaulichung der Spezifik von demokratischen Systemen ausgebaut.

Abbildung 11: Objektebenen der Demokratie¹³



In Abbildung 11 wird das Ebenenmodell der Demokratie nach Dieter Fuchs dargestellt.

Dieses Modell spielt in der Demokratieforschung deshalb eine wichtige Rolle, weil hier drei Analysedimensionen (kulturelle Werte, Handlungsregeln sowie Regel-Konformität

¹³Quelle: Fuchs, Dieter (1997): *Welche Demokratie wollen die Deutschen?* In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozess*. Opladen: Leske + Budrich.

im tatsächlichen Handeln der Akteure), die für die Funktion eines demokratischen Systems maßgebend und die im Rahmen des klassischen Institutionsbegriffs bereits unterschieden wurden, in hierarchischer Form geordnet sind und die gegenseitigen Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Ebenen aufgezeigt werden.

Das „Herzstück“ dieses Modells ist die Ebene in der Mitte, die als *implementierte Struktur einer Demokratie in einer bestimmten Gesellschaft* bezeichnet wird (vgl. Jacobs 2004, S.125). Diese Ebene wird durch die Verfassung sowie durch rechtliche Grundverankerungen gefestigt. Auf diesem Wege entstehen bestimmte Regeln und Normen in der Demokratie, die von der Gesellschaft einzuhalten sind und deren Missachtung zu Strafen führen kann. Folglich verleiht die mittlere Ebene im oben aufgeführten Modell den Handlungen der politischen Akteure erst ihre Gültigkeit.

Die Ebene der *implementierten Struktur einer Demokratie in einer bestimmten Gesellschaft* ist ebenso für etwaige Wechsel und Systemveränderungen zentral. Eingriffe zu Veränderungen einer existierenden Demokratie bzw. der Einführung einer neuen Demokratie sollten auf dieser Ebene erfolgen, da es sich hier gewissermaßen um den Ausgangspunkt handelt (vgl. Fuchs 1996, S. 7).

Die mittlere Ebene wird hier durch den *Struktur*-Begriff gekennzeichnet.

Dieser Vorgang muss aus dem Grund erfolgen, weil die Verfassung aus diversen Elementen (Regeln, Normen Grundrechten etc.) besteht, die durch den Strukturbegriff zusammengefasst werden kann. Zudem ist der Strukturbegriff ein Indikator dafür, dass eine Demokratie nicht nur als Ansammlung von Regeln definiert wird, sondern vielmehr diverse spezifische Aspekte beinhaltet. Durch die Abgrenzung von einer nicht dazugehörigen Umwelt erhält die Demokratie erst eine eigene Identität (vgl. Fuchs 1996, S. 7).

Konsequenterweise steuert diese Struktur die Handlungen und die Ausführungen der politischen Akteure. Die Tätigkeiten der politischen Akteure sind auf der untersten Ebene des Modells nach Fuchs gefestigt und werden als *Performanz dieser implementierten Demokratie* bezeichnet. Auf dieser Ebene werden die Ergebnisse der Handlungen der politischen Akteure beurteilt und können letztendlich auf das gesamte demokratische System übertragen werden.

Der Zwiespalt zwischen der Struktur- und Performanzebene ist deshalb vorhanden, weil die Struktur das praktische Handeln von politischen Akteuren nur bedingt festlegen kann, es für die Leistung und die Qualität einer Demokratie jedoch von größter Bedeutung ist,

ein detailliertes Wissen darüber zu haben, in welchem Maße sie dies tut (vgl. Fuchs 1996, S.8).

Ein Beispiel aus der alltäglichen Politik für die „fehlende Kontrolle“ über politische Akteure sind etwa Korruptionsskandale.

Wichtige Beurteilungskriterien für die Wirklichkeit der Demokratie in einem Land sind die geltenden demokratischen Werte und Normen. Die Performanz einer Demokratie wird beispielsweise aber ebenso an sozialen Leistungen und der wirtschaftlichen Effizienz gemessen. Diese Faktoren werden nach Dieter Fuchs in Abbildung 11 als *nicht-demokratische Kriterien* bezeichnet.

Eine „demokratische Einheit“ kann auf der Grundlage dessen beobachtet und analysiert werden, in welchem Maße sich die Bewertung der demokratischen Performanz von den sogenannten *nicht-demokratische Kriterien* abgegrenzt hat und nur auf der Basis von ursprünglichen demokratischen Werten und Normen vorgenommen wird.

Die demokratischen Werte und Normen bilden die oberste Objektebene der Demokratie und werden nach Fuchs (1996) in Abbildung 11 als *normative Prinzipien (Wertemuster) der Demokratie* bezeichnet. Im besten Fall handelt es sich dabei um die in der Verfassung enthaltenen Werte und Normen, die von den Bürgern akzeptiert sind.

Dieser Idealfall würde einen markanten Einklang zwischen Werte- und Strukturebene mit sich bringen.

Allerdings ist ebenso jener Fall möglich, dass die Gesellschaft andere normative Prinzipien der Demokratie bevorzugt, als die vorherrschenden. Diese normativen Prinzipien werden dabei im folgenden Abschnitt genauer beleuchtet.

Falls sich also die normative Ebene von der Strukturebene abgrenzt, so wird ein *Legitimationsfluss* von oben nach unten unmöglich. Die durchgezogenen Pfeile symbolisieren in Abbildung 11 jenen *Legitimationsfluss*. Es kann also negative Effekte bzw. Einflüsse geben, wenn die normativen Prinzipien nicht mit der vorhandenen Struktur übereinstimmen. Auf diese Weise geht von der normativen Ebene ein negativer Beurteilungseffekt auf die Strukturebene aus. Um diese Erklärungslinie zu vervollständigen kann hinzugefügt werden, dass auch die Strukturebene negativ beurteilt werden kann und dadurch wiederum ein negativer Effekt auf die Bewertung der Performanz der Demokratie sichtbar wird (vgl. Fuchs 1996, S. 8).

Die gestrichelten Pfeile zeigen die sogenannten *Rückkopplungseffekte* von unten nach oben.

Hier wird der Bewertungsprozess also gewissermaßen von einer umgekehrten Sichtweise aufgezeigt. Es wird davon ausgegangen, dass sich auch längerfristig positive Effekte auf die höheren Ebenen der Demokratie einstellen können, wenn die Bürger mit der Wirklichkeit der Demokratie stets positive Erfahrungen sammeln. Auch in diesem Fall sind jedoch negative Effekte von unten nach oben möglich. Ein nahezu tragischer Fall für die Stabilität einer bestehenden Demokratie wäre eine Nicht-Akzeptanz der normativen Prinzipien und eine Unzufriedenheit mit der Performanz dieser Demokratie (vgl. Fuchs 1996, S.8-9).

Wenn man hier kurz an das Beispiel der Demokratie in Ostdeutschland und die Beziehung der Bürger zu jenem System denkt, assoziiert man vorerst (ohne die notwendige empirische Untersuchung), dass zumindest nicht der schlechteste Fall eingetreten ist. Die ostdeutschen Bürger sind mit der wirklichen Umsetzung und der demokratischen Realität nicht zufrieden, doch sie akzeptieren und befürworten die von einer Demokratie vermittelten Werte.

Es sollte also zunächst auf theoretischer Basis hinterfragt werden, welche „modifizierte Version“ einer Demokratie die ostdeutschen Bürger benötigen.

8 Normative Modelle der Demokratie

In dieser Arbeit wird davon ausgegangen, dass die Bürger von Ostdeutschland mit der aktuellen Ausübung der Demokratie nur beschränkt zufrieden sind und andere Formen von Demokratie bevorzugen könnten. Das Ergebnis dieser Nachforschung kann erst nach dem empirischen Teil endgültig vorgestellt werden. Allerdings können zumindest auf theoretischer Basis und in Anlehnung an die Bemühungen von Dieter Fuchs (1999b) die normativen Modelle und somit auch Alternativen zur gegenwärtigen Ausübung der Demokratie aufgezeigt werden, um eine spätere Zuordnung im abschließenden Kapitel der Arbeit zu vereinfachen. Die einzelnen Modelle werden im Folgenden ebenso direkt miteinander verglichen, damit Unterschiede hinsichtlich einzelner Faktoren deutlich aufgezeigt werden und eine gewisse Abgrenzung hervortritt.

Abbildung 12: Normative Modelle der Demokratie und Typen demokratischer Gemeinschaften¹⁴

		Verantwortung des Individuums für eigenes Lebensschicksal	
		Selbst	Staat
Verhältnis der Individuen zueinander	Konkurrenz	Libertäres Modell/ Demokratisch-libertäre Gemeinschaft	Liberales Modell/ Demokratisch-liberale Gemeinschaft
	Solidarität	Republikanisches Modell/ Demokratisch-republikanische Gemeinschaft	Sozialistisches Modell/ Demokratisch-sozialistische Gemeinschaft

Die Demokratie ist heutzutage das bekannteste System und hat sich als Herrschaftsordnung weltweit und auch faktisch als legitimste durchgesetzt. Demokratie wird heute allerdings nicht mehr als Herrschaftsordnung mit einer konkreten Implementierungsform gesehen (vgl. Fuchs 2002, S. 40). Dies bedeutet, dass es eine Vielfalt von normativen Demokratiemodellen und eine Mehrzahl von empirischen Demokratieformen gibt.

Die Idee der Unterscheidung von normativen Modellen der Demokratie und einer Beschreibung nach diversen Merkmalsdimensionen stammt von Habermas (1992a).

Die Typologie basiert auf den Annahmen, dass sich die unterschiedlichen normativen Positionen auf einen allgemeinen Zeitraum mit den Eckpfeilern Individualismus und Kollektivismus anordnen lassen. Zudem besteht dieser Zeitraum aus zwei Dimensionen.

Die erste Dimension geht der Frage nach, wer die Verantwortung für die Gestaltung des eigenen Lebens tragen sollte; das Individuum selbst oder der Staat. Die zweite Dimension bezieht sich auf die Frage, wie das Zusammenleben und die Beziehung zwischen

¹⁴ Quelle: Fuchs, Dieter (1999b): *Die demokratische Gemeinschaft in den USA und in Deutschland*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

den einzelnen Individuen aussehen sollte. Das Zusammenleben kann dabei durch den Wettbewerb oder die Konkurrenz zwischen den Individuen um Güter auf dem Markt charakterisiert werden oder etwa durch Solidarität untereinander und die Kooperation für die Verwirklichung bestimmter gemeinsamer Ziele (vgl. Fuchs 2002b, S.41).

Aus der Kombination dieser Aspekte entstehen vier verschiedene Modelle der Demokratie, die zur Unterscheidung frei stehen. Es handelt sich dabei um das libertäre (demokratisch-libertäre Gemeinschaft), das liberale (demokratisch-liberale Gemeinschaft), das republikanische (demokratisch-republikanische Gemeinschaft) und schließlich das sozialistische Modell (demokratisch-sozialistische Gemeinschaft).

8.1 Das libertäre Modell

In allen vier Fällen der Demokratiemodelle erkennt man grundsätzliche Haupteigenschaften von Demokratie wieder. Diese werden u.a. nach Bobbio (1987) als *minimale* Merkmale einer Demokratie bezeichnet. Die Grundeigenschaften einer Demokratie charakterisieren sich dabei insbesondere durch liberale Grundrechte, durch einen pluralistischen Parteienwettbewerb, durch repräsentative Willensbildung, durch den Rechtsstaat und durch Gewaltenteilung (siehe Abbildung 9).

Nach Dieter Fuchs (1996) bildet das *libertäre* Modell sowie das Modell des *demokratischen Sozialismus* den größten Kontrast. Bei diesen beiden Typen handelt es sich gewissermaßen auch um die reinsten Modelle.

Das *libertäre* Modell veranlasst die Individuen dazu, die eigenen Handlungsziele vor allem im Rahmen einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft zu verfolgen.

Der demokratische Staat spielt in diesem Modell eine eher zweitrangige Rolle, da dieser nur die Funktion hat, einen adäquaten Rahmen für Austauschprozesse zwischen den unabhängigen Individuen zu schaffen.

Im *libertären* Modell kommt dem Wohl einer gesamten Gemeinschaft keine große Bedeutung zu. Der Staat sorgt nicht dafür, dass eine „gerechte“ und gleichmäßige Verteilung von verschiedenen Ressourcen entsteht. Insgesamt scheint der Markt in diesem Modell größte Wichtigkeit zu besitzen. Ein wahrhaftes politisches Interesse ist nur bedingt vorhanden und beschränkt sich eher auf die Wahlperiode (vgl. Fuchs 1996, S. 9-11).

8.2 Der demokratische Sozialismus

Im Modell des *demokratischen Sozialismus* liegt das Kernstück in der Bildung von Gerechtigkeit und Gleichheit innerhalb der Bevölkerung. Erstaunlicherweise steht nach diesem Modell der Begriff der Gleichheit sogar über der individuellen Freiheit, was die Grenzen einer Demokratie prinzipiell sogar leicht überschreitet. Gerechtigkeit kommt im Modell des demokratischen Sozialismus auf diese Weise zum Vorschein, dass soziale Grundrechte in der Verfassung verankert sind und es einen ausgeprägten Wohlfahrtsstaat gibt. Wenn es in jenem Fall dazu kommt, dass schlecht gesteuerte Marktprozesse zu gesellschaftlicher Ungleichheit und einer ungerechten Verteilung von Gütern, wie z.B. Arbeitsplätzen, führen, wird zu einem staatlich gesteuerten Markt gewechselt und das Privateigentum durch öffentliches Eigentum ergänzt (vgl. Fuchs 1996, S.10-11).

8.3 Das liberale Modell

Das *liberale* unterscheidet sich von dem *libertären* Modell in jener Hinsicht, dass der Konkurrenzkampf auf dem wirtschaftlichen Markt sowie die dort erwartete Chancengleichheit unter dem Kriterium der Gerechtigkeit steht.

Der Staat spielt im *liberalen* Modell eine bedeutende Rolle, da die Fähigkeiten der einzelnen Bürger mit großer Wahrscheinlichkeit variieren. Um jedoch Chancengleichheit unter den Individuen aufrecht zu erhalten, muss eine gerechte (Ressourcen-) Umverteilung von Seiten des Staates stattfinden. Das *liberale* Modell scheint also gewisse Ähnlichkeiten mit dem *demokratischen Sozialismus* zu besitzen.

Die zentralen Unterschiede zwischen diesen beiden Modellen sind jedoch, dass sich die Umverteilung des Staates nur auf eine gerechte Verteilung von jenen Gütern konzentriert, die eine unabhängige und autonome Lebensgestaltung möglich machen können.

Zudem bleibt es im liberalen Modell dabei, dass das Konkurrenzprinzip das Verhältnis von Individuen im alltäglichen Leben charakterisiert oder sogar bestimmt.

Der Hauptunterschied zwischen dem liberalen Modell und dem Modell des demokratischen Sozialismus besteht wohl insbesondere darin, dass die individuelle Freiheit stets Vorrang vor der gleichen Verteilung von anderen Grundgütern besitzt. Soziale Grundrechte sollen im *liberalen* Modell demnach nicht in der Verfassung verankert sein.

Anhand dieses Vergleiches wird insbesondere der Fakt deutlich, dass der Staat im *liberalen* Modell keinen allzu großen Handlungsspielraum hat und sich seine Rolle im Vergleich zum *demokratischen Sozialismus* durch einige Einschränkungen charakterisiert (vgl. Fuchs 1999b, S.7-8).

8.4 Das republikanische Modell

Abschließend wird das *republikanische* Modell behandelt, dass nach Dieter Fuchs (1999b) als „normativ anspruchsvollstes“ betrachtet wird. In diesem Modell haben insbesondere gemeinschaftliche Werte eine zentrale Bedeutung. Diese können im Zweifel sogar Vortritt vor der individuellen Unabhängigkeit und Freiheit von Bürgern haben.

Post (1993) bezeichnet die republikanische Gemeinschaft als „grundsätzlich kooperativ und solidarisch“. Ein wichtiges Prinzip im *republikanischen* Modell beinhaltet, dass nicht der Staat, sondern vielmehr die einzelnen Individuen bzw. die Bürger selbst bestimmte, für eine gut funktionierende Gesellschaft relevante, Werte umsetzen.

Es wird ersichtlich, dass es das Ziel ist, die Bürger dazu zu bewegen, sich selbst zu organisieren und auf diesem Wege individuell einen Beitrag zur Funktion des gesamten Staates zu leisten (vgl. Fuchs 1999b, S. 8). Die Einschätzung von Post (1993) kann also gewissermaßen bestätigt werden, dass das *republikanische* Modell solidarische Grundverankerungen besitzt und zur Kooperation zwischen den Bürgern sowie zur aktiven Partizipation anspornt.

In der unter dargestellten Abbildung 13 sieht man wiederholt die erläuterten Modelle in stichwortartiger Zusammenfassung und als schematische Beschreibung. Dieses Schaubild bietet eine Möglichkeit der Reflektion der durchgeführten Analyse und gibt die zentralsten Aspekte in kurzer Form wieder.

Abbildung 13: Schematische Beschreibung der normativen Modelle der Demokratie¹⁵

	Libertäres Modell	Liberales Modell	Modell des demokratischen Sozialismus	Republikanisches Modell
Grundrechtsverständnis	<i>Libérale Grundrechte</i>	<i>Libérale Grundrechte</i>	<i>Libérale Grundrechte</i>	<i>Libérale Grundrechte</i>
Parteiensystem	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>Soziale Grundrechte</i>	<i>-</i>
	<i>Pluralistischer Parteienwettbewerb</i>	<i>Pluralistischer Parteienwettbewerb</i>	<i>Pluralistischer Parteienwettbewerb</i>	<i>Pluralistischer Parteienwettbewerb</i>
	<i>Periodische, freie, gleiche und geheime Wahlen</i>	<i>Periodische, freie, gleiche und geheime Wahlen</i>	<i>Periodische, freie, gleiche und geheime Wahlen</i>	<i>Periodische, freie, gleiche und geheime Wahlen</i>
Form der Willensbildung	<i>Repräsentative Willensbildung</i>	<i>Repräsentative Willensbildung</i>	<i>Repräsentative Willensbildung</i>	<i>Repräsentative Willensbildung</i>
Ziel der Willensbildung	<i>Ausgleich der Individualinteressen</i>	<i>Ausgleich der Individualinteressen</i>	<i>Umfassende, direkte Bürgerbeteiligung</i>	<i>Umfassende, direkte Bürgerbeteiligung</i>
		<i>Gerechte Versorgung mit gesellschaftlichen Grundgütern</i>	<i>Ausgleich der Individualinteressen</i>	<i>Ausgleich der Individualinteressen</i>
			<i>Gerechte Verteilung aller gesellschaftlichen Ressourcen (starker Gleichheitsbegriff)</i>	<i>Authentischer Gemeinwille (Explikation einer gemeinsamen kulturellen Tradition)</i>
Staatsverständnis	<i>Rechtsstaat</i>	<i>Rechtsstaat</i>	<i>Rechtsstaat</i>	<i>Rechtsstaat</i>
	<i>Hüter einer Wirtschaftsgesellschaft</i>	<i>Institutionalisierung gerechter Prinzipien</i>	<i>Institutionalisierung gerechter Prinzipien (starker Gleichheitsbegriff)</i>	<i>Ausdruck kollektiver Selbstregierung</i>
Umfang der Staatstätigkeit	<i>Minimaler Staat</i>	<i>Redistributiver Staat</i>	<i>Redistributiver Staat</i>	<i>Redistributiver Staat</i>
Organisation der Staatsmacht	<i>Gewaltenteilung</i>	<i>Gewaltenteilung</i>	<i>Gewaltenteilung</i>	<i>Gewaltenteilung</i>
Differenzierung von Staat und Wirtschaft	<i>Dezentraler Staat</i>	<i>Zentraler Staat</i>	<i>Zentraler Staat</i>	<i>Dezentraler Staat</i>
	<i>Freier Markt</i>	<i>Freier Markt</i>	<i>Gesteuerter Markt</i>	<i>Freier Markt</i>
	<i>Privateigentum</i>	<i>Privateigentum</i>	<i>Privateigentum und öffentliches Eigentum</i>	<i>Privateigentum und öffentliches Eigentum</i>

8.5 Zwischenfazit

Als Zwischenfazit und auf der Basis der bisher angestellten theoretischen Untersuchungen kann man zu der Annahme gelangen, dass das Modell des *demokratischen Sozialismus* als System am ehesten auf Ostdeutschland, die dortige politische Kultur und die Erwartungshaltung der Bürger zutreffen könnte.

Dies kann zwar ohne empirische Analyse zunächst noch nicht endgültig bestätigt werden, doch es kann dadurch begründet und zumindest theoretisch legitimiert werden, dass

¹⁵ Quelle: Fuchs, Dieter (1996): *Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklungen der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

die ostdeutschen Bürger aufgrund der individuell durchlebten Sozialisierungs- und Erfahrungsprozesse und der damit verbundenen gesamten politischen Kultur einen „sanften“ Übergang zur Demokratie bevorzugen und gebraucht hätten.

Der *demokratische Sozialismus* stellt dabei einen solchen Übergang dar, da dieser die Grundwerte und Prinzipien einer Demokratie, aber ebenso Eigenschaften, wie z.B. die soziale Gerechtigkeit, aus Zeiten des Staatssozialismus mitbringt. Mit Sicherheit ist es schwierig darüber eine Debatte zu führen, welche Entwicklung Ostdeutschland eingeschlagen hätte, wenn man unmittelbar nach dem „Mauerfall“ zu einem solchen „Mischsystem“ gekommen wäre. Es ist jedoch, aufgrund der Annahme der bisweilen anhaltenden Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen politischen System der ostdeutschen Bürger festzuhalten, dass der *demokratische Sozialismus* noch immer eine Chance darstellen könnte. Ob dieses System jedoch wirklich das zutreffendste ist und inwiefern es Ostdeutschland noch helfen könnte, wird nach der empirischen Analyse zumindest ein Stück deutlicher geworden sein.

III Empirischer Teil

1 Beschreibung des verwendeten Datenmaterials

Im abschließenden Teil der vorgelegten Arbeit werden auf der Grundlage und im Zusammenhang der theoretischen Erkenntnisse einzelne Einflussfaktoren betrachtet und analysiert, die sich auf die Demokratiezufriedenheit der ostdeutschen Bürger am ehesten auswirken können.

Folglich soll sich aus den untersuchten Daten die Antwort auf jene Frage herauskristallisieren, ob anhand der individuellen Präferenzen in Ostdeutschland tatsächlich die Notwendigkeit besteht, in genannter Region ein anderes Modell von Demokratie anzuwenden.

In diesem Kapitel wird eine Sekundärdatenanalyse vorgenommen und durch eigene Berechnungen, die für den Kontext des zugrundeliegenden Themenschwerpunktes von Bedeutung sind, ergänzt. Für die Untersuchungen werden ALLBUS Datensätze (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) aus den Jahren 1991, 2002 sowie 2008 herangezogen.

Die ALLBUS Datensätze scheinen gerade deshalb eine angemessene Quelle zu sein, weil sie die gesamte Bundesrepublik Deutschland (Ost- und Westdeutschland) berücksichtigen und die dort vorhandenen Lebensverhältnisse unter den Bürgern aufzeigen.

Die Jahrgänge 1991, 2002 und 2008 wurden dabei gewählt, um einen geeigneten Überblick und die Entwicklung der (politischen bzw. sozialen) Ansichten unter den Bürgern aufzuzeigen. 1991 ist in diesem Fall das Startjahr der Analyse, weil die neuen Bundesländer erst ab diesem Zeitraum mitberücksichtigt wurden. Die Studie aus dem Jahr 2008 ist hingegen die momentan aktuellste Fassung.

Die Erwartungen an die empirische Analyse kennzeichnen sich dadurch, dass die Fragestellung(en) beantwortet und die zu Beginn der Arbeit aufgestellten Hypothesen überprüft werden. Die folgende Analyse ist eine Anknüpfung an den theoretischen Teil, daher soll der Einbezug von unterschiedlichen Einflussfaktoren nachvollziehbar werden.

2 Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland

Der Ausgangspunkt dieser Arbeit ist, dass sich die Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland auf einem anderen Pfad befindet, als die von Westdeutschland. Dies bedeutet, dass es in den neuen Bundesländern eine geringere Akzeptanz der Umsetzung sowie dem Funktionieren der Demokratie gibt, als in den alten Bundesländern. Auf die einzelnen Aspekte wird jedoch später eingegangen.

In der folgenden Analyse wird ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland in Hinsicht der Entwicklung der Demokratiezufriedenheit von 1991 bis 2008 angestellt, womit die teilweise gravierenden Unterschiede hervorgehoben und die tatsächliche Existenz dieses Phänomens verdeutlicht wird.

Tabelle 1: Demokratiezufriedenheit in der BRD im Jahr 1991

	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Etwas zufrieden	Etwas unzufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden
Alte Bundesländer	13.14 %	52.64 %	16.68 %	11.34 %	4.47 %	1.73 %
Neue Bundesländer	2.84 %	30.31 %	28.72 %	20.00 %	13.84 %	4.29 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 1991

Tabelle 1 spiegelt die Demokratiezufriedenheit im Jahr 1991 wieder. Es wird deutlich, dass es kurz nach der Wiedervereinigung im Jahr 1989 noch gravierende Unterschiede in der Bewertung der Demokratie als Staatssystem zwischen Ost- und Westdeutschland gegeben hat. Lediglich 2.84 % der ostdeutschen Bevölkerung waren mit der Demokratie „sehr zufrieden“, während es die Westdeutschen im gleichen Jahr immerhin auf 13.14 % gebracht haben. „Ziemlich unzufrieden“ zeigte sich in diesem Vergleich fast ein Drittel mehr in den neuen, als in den alten Bundesländern.

Insgesamt wird in der Statistik aus dem Jahr 1991 deutlich, dass es innerhalb der neuen Bundesländer bereits in jenem Jahr (zu) hohe Tendenzen gen negativer Bewertung der Demokratie gab und es eine gewisse Skepsis gegenüber der neuen Staatsform gegeben hat, zumal sie für die ostdeutschen Bürger abrupte Einschnitte mit sich brachte.

Tabelle 2: Demokratiezufriedenheit in der BRD im Jahr 2002

	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Etwas zufrieden	Etwas unzufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden
Alte Bundesländer	6.83 %	40.85 %	23.92 %	16.78 %	8.86 %	2.76 %
Neue Bundesländer	2.04 %	20.20 %	32.24 %	24.86 %	13.85 %	6.81 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2002

Tabelle 2 zeigt die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in der BRD im Jahr 2002. Auf der Grundlage dieser Tabelle kann eine fortdauernde Zurückhaltung zum demokratischen System in Ostdeutschland beobachtet werden. Selbst im Jahr 2002 kann nicht davon gesprochen werden, dass Demokratie in den neuen Bundesländern die gewünschte Anerkennung gefunden hat. Die Prozentzahlen reflektieren im Vergleich zu den alten Bundesländern eine höhere negative Tendenz zur Demokratie.

Man kann, diesem Trend nach zu urteilen, nicht davon sprechen, dass sich die neuen Bundesländer im Jahr 2002 noch immer in einer Art „Eingewöhnungszeit“ befanden und die Zufriedenheit deshalb so niedrig war.

Bemerkenswert ist jedoch, dass die Demokratiezufriedenheit ebenso in den alten Bundesländern einen leichten Rückgang durchlebt hat und von dem hohen Anteil an negativen Tendenzen innerhalb von Ostdeutschland scheinbar beeinflusst wurde.

Tabelle 3: Demokratiezufriedenheit in der BRD im Jahr 2008

	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Etwas zufrieden	Etwas unzufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden
Alte Bundesländer	9.46 %	46.36 %	23.26 %	13.59 %	5.71 %	1.62 %
Neue Bundesländer	2.34 %	21.54 %	32.96 %	20.60 %	15.54 %	7.02 %

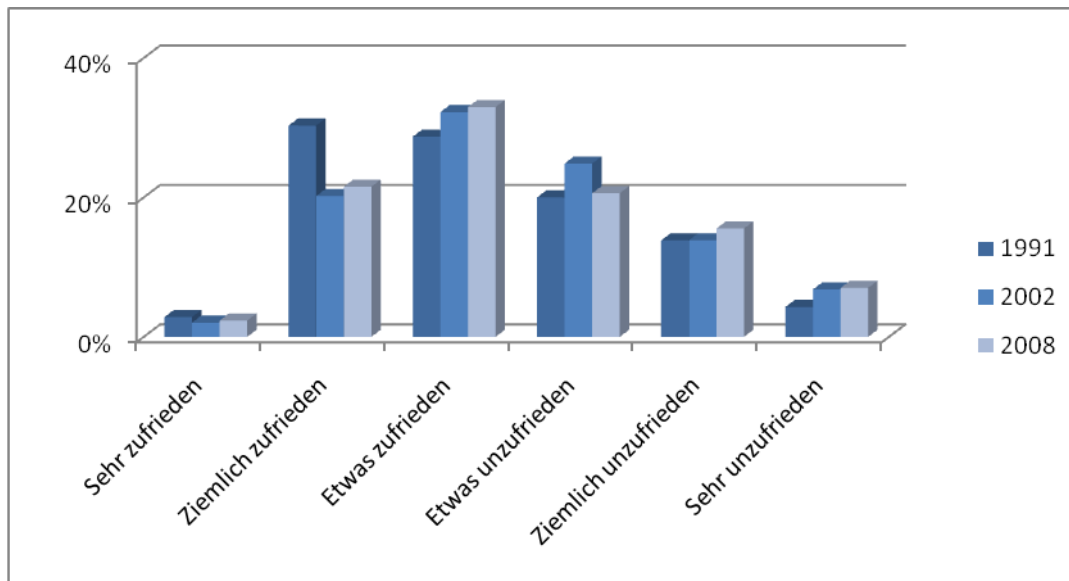
*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

Die Studie aus dem Jahr 2008 (Tabelle 3) zeigt den aktuellsten Stand bezüglich Demokratiezufriedenheit in Deutschland auf. Man erkennt deutlich, dass die Skepsis gegenüber der Demokratie als Staatsform anhaltend ist. Die Umfrageergebnisse aus dem Jahr 2008 sind teilweise sogar schlechter als aus den vorher untersuchten Jahrgängen.

Rund ein Drittel mehr aus der ostdeutschen Bevölkerung ist mit der Demokratie „ziemlich unzufrieden“.

Mit 2.34 % ist der Anteil der „sehr zufriedenen“ Personen in Ostdeutschland schwindend gering, zumal jener Anteil in Westdeutschland mit 9,46 %, zwar ebenso unbefriedigend, aber gravierend höher ist, als in den neuen Bundesländern.

Tabelle 4: Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland 1991-2008



*Eigene Ableitung auf der Grundlage der ALLBUS Datensätze 1991, 2002, 2008

Tabelle 4 erweckt zunächst den Anschein, dass es nicht ganz schlecht um die Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland steht. Diese Annahme muss jedoch nach einer korrekten Einordnung der Lage eindeutig falsifiziert werden.

In den untersuchten Jahrgängen von 1991 bis 2008 gab es zwar stets stärkere Tendenzen zur positiven Beurteilung der Demokratie in den neuen Bundesländern. Der immens hohe Anteil an ostdeutschen Bewohnern, der negative Tendenzen im Hinblick auf die Demokratiezufriedenheit äußerte, unterstreicht jedoch in der Gesamtheit die Anzweiflung des gegenwärtigen Staatssystems.

Die negative Bewertung bzw. Einstellung zur Demokratie in Ostdeutschland zieht sich gewissermaßen wie ein roter Faden durch den Zeitraum von 1991 bis 2008. Die Stichproben (aus den Jahren 1991, 2002 und 2008) sollten hauptsächlich verdeutlichen, dass es heutzutage noch immer eine große Skepsis zur demokratischen Staatsform gibt und sich daraus ebenso ableiten lässt, dass die Umsetzung der Demokratie in den neuen Bundesländern bemängelt wird.

3 Erwartungen an eine Demokratie

Auf der Basis der theoretischen Ausführungen und den dortig aufgezeigten typischen Mustern zur Unterstützung eines politischen Systems werden nun zunächst die Erwartungen an eine gut funktionierende Demokratie abgeleitet. Diese Erwartungen werden aus der Sicht der ostdeutschen Bürger in den Jahren 1991, 2002 sowie 2008 beleuchtet. Durch diese Jahrgänge soll eine Entwicklungsrichtung der Erwartungen aufgezeigt werden, die zur heutigen Lage bezüglich der Demokratiezufriedenheit bzw. der Bewertung der Demokratiewirklichkeit in den neuen Bundesländern beigetragen haben könnte.

Folgend werden die einzelnen Erwartungen an eine Demokratie unter drei Hauptbegriffen subsumiert. Dabei handelt es sich um das eigene Wohlergehen bzw. den Lebensstandard, die sozialen Aspekte innerhalb der Demokratie in Ostdeutschland und schließlich die Möglichkeit des individuellen Einschreitens bzw. des persönlichen Einflusses, also die Erwartungen an demokratische Grundrechte im gegenwärtigen politischen System.

3.1 Lebensstandard

Tabelle 5: Sichere Berufsstellung (1991)

	Unwichtig	2	3	4	5	6	Sehr wichtig
Neue Bundesländer	1.04 %	0.52 %	0.65 %	2.93 %	5.86 %	13.42 %	75.57 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 1991

Der Begriff der Sicherheit und des eigenen Wohlergehens spielt eine immense Rolle. So zeigt Tabelle 5, dass mit 75.57 % über einem Viertel der Bürger der neuen Bundesländern eine sichere Berufsstellung sehr wichtig ist.

Tabelle 6: Hohes Einkommen (1991)

	Unwichtig	2	3	4	5	6	Sehr wichtig
Neue Bundesländer	1.04 %	0.84 %	1.36 %	9.09 %	20.65 %	27.40 %	39.61 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 1991

Auch ein hohes Einkommen ist bereits im Jahr 1991 für die Bewohner von Ostdeutschland von großer Bedeutung, womit die Hoffnung auf eine schnelle Verbesserung des Lebensstandards nach dem Zerfall der DDR hervorgehoben wird. Die höchsten Werte liegen in diesem Fall auf einer siebenstufigen Skala bei 5 bis 7, was man wörtlich als „eher wichtig“ bis „sehr wichtig“ kategorisieren kann.

Tabelle 7: Wichtigkeit eines hohen Lebensstandards (2002)

	Unwichtig	2	3	4	5	6	Sehr wichtig
Neue Bundesländer	1.13 %	1.81 %	9.48 %	24.60 %	32.84 %	18.06 %	12.08 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2002

Im Jahr 2002, also rund eine Dekade später, haben sich die Erwartungen hinsichtlich des eigenen Wohlergehens in Ostdeutschland prinzipiell nicht gravierend verändert. In Tabelle 7 erkennt man beispielsweise, dass die Wichtigkeit eines hohen Lebensstandards eine größere Breite erlangt hat. Allerdings gibt es im Jahr 2002 ebenso eine klare Tendenz, dass die ostdeutschen Bürger einen hohen Lebensstandard bevorzugen, da die höchsten Werte auf der siebenstufigen Skala zwischen 4 und 7 angesiedelt sind.

Tabelle 8: Wichtigkeit des Sicherheitsstrebens (2002)

	Unwichtig	2	3	4	5	6	Sehr wichtig
Neue Bundesländer	0.45 %	0.79 %	1.47 %	5.76 %	15.80 %	32.96 %	42.78 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2002

Das allgemeine Sicherheitsstreben hat im Jahr 2002 ebenfalls eine größere Breite erhalten, wobei es sich hier nicht explizit um den sicheren Arbeitsplatz handelt, das Sicherheitsdenken im weitesten Sinne aber mit einem sicheren Beruf verknüpft ist. In der Folge erachtet der klare Großteil der ostdeutschen Bevölkerung den Begriff der Sicherheit als „wichtig“ (32.96%) bis hin zu „sehr wichtig“ (42.78 %), was in Tabelle 8 zu Tage tritt.

Tabelle 9: Wichtigkeit Hedonismus (2002)

	Unwichtig	2	3	4	5	6	Sehr wichtig
Neue Bundesländer	1.13 %	3.06 %	5.89 %	15.06 %	22.65 %	22.76 %	29.45 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2002

Mit der Einführung der Demokratie verbindet man in Ostdeutschland ein komfortableres und sichereres Leben als zu Zeiten der DDR. Trotz bzw. gerade aufgrund von fehlenden Besitztümern in der Vergangenheit, spielen im Jahr 2002 materielle Güter eine große Rolle. Wie man an Tabelle 9 erkennen kann, tendieren die Bewohner von Ostdeutschland auch in diesem Beispiel dazu, den Hedonismus als wichtig zu bezeichnen und ihn als Indikator für eine erfolgreich funktionierende Demokratie zu interpretieren.

3.2 Soziale Aspekte

In sozialpolitischer Hinsicht erkennt man innerhalb der neuen Bundesländer teilweise noch immer eine gewisse Anbindung an die im Staatssozialismus vorhandenen Prinzipien und Normen, was in den folgenden Schritten verdeutlicht wird.

Grundsätzlich gehen die Bewohner von Ostdeutschland davon aus, dass ein demokratisches System den einzelnen Bürgern sichere soziale Umstände und Bedingungen schaffen sollte.

Tabelle 10: In einer erfolgreichen Regierung spielt die soziale Sicherung die bedeutendste Rolle (2008)

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Neue Bundesländer	67.94 %	24.77 %	3.83 %	3.18 %	0.28 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

Anhand von Tabelle 10 wird veranschaulicht, dass über zwei Drittel der ostdeutschen Bürger „voll“ und knapp ein Viertel „eher“ zustimmt, dass die soziale Sicherung die zentralste Rolle in einer erfolgreichen Regierung und damit auch einem erfolgreichen Staatssystem einnimmt.

Tabelle 11: Umverteilung zugunsten einfacher Leute? (2008)

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Neue Bundesländer	51.73 %	28.96 %	11.53 %	6.19 %	1.59 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

Unter einer guten sozialen Sicherung versteht man in Ostdeutschland dabei unter anderem, dass es innerhalb einer Gesellschaft keine „Schichtenbildung“ und keine Kategorisierung in arm und reich geben sollte. Man erwartet vielmehr, dass es eine Umverteilung des Gesamtvermögens geben sollte und auf diese Weise eine Gemeinschaft ausbalanciert wird.

Im dargestellten Beispiel (siehe Tabelle 11) wird dabei deutlich, dass sogar in der Gegenwart hinsichtlich der Erwartungen klare Parallelen zum Staatsozialismus aus der DDR Zeit vorhanden sind.

Aus Tabelle 11 wird ersichtlich, dass die Bürger die Idee der Umverteilung zugunsten einfacher Leute unterstützen und gerne in der Praxis sehen würden. Mit 51.73 % Personen, die „voll“ zustimmen und 28.96 % Personen, die „eher“ zustimmen wird eine solche Annahme größtenteils durchaus in Betracht gezogen.

Tabelle 12: Gutes Geld für alle (auch ohne Leistung zu erbringen) (1991)

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Neue Bundesländer	19.47 %	29.47 %	34.77 %	16.29 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 1991

Die in Tabelle 11 vorgestellte Akzeptanz der Idee der Umverteilung erstaunt umso mehr, wenn man Tabelle 12 aus dem Jahr 1991 betrachtet. Es handelt sich zwar um eine große Zeitspanne, doch ist es überraschend, dass die Bürger der neuen Bundesländer im Jahr 2008 ein typisches Merkmal bzw. einen Mechanismus aus dem Staatssozialismus gerne wieder hätten, während man im Jahr 1991, also kurz nach dem Systemwandel, noch unentschieden war, ob eine Umverteilung und damit eine Gleichstellung von allen Bürgern bevorzugt wird oder etwa eine Bezahlung nach dem Leistungsprinzip vorteilhafter wäre. Dieses Beispiel hat in der Entwicklung von 1991 bis 2008 wohl den größten Unterschied mit sich gebracht und den sozialen Leistungen der gegenwärtigen Demokratie in Ostdeutschland einen eher negativen Charakter bescheinigt, da man, zumindest unter diesem Aspekt, in den Köpfen der ostdeutschen Bewohner einen klaren Rückschritt gen Bevorzugung des Staatssozialismus als der Demokratie gemacht hat.

Tabelle 13: Schwächeren helfen (2002)

	Unwichtig	2	3	4	5	6	Sehr wichtig
Neue Bundesländer	1.81%	2.49 %	6.45 %	14.59 %	26.58 %	23.87 %	24.21 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2002

Die Bereitschaft schwächer gestellten Personen helfen zu wollen ist in diesem Zusammenhang gewissermaßen ein Unterpunkt, aus dem sich ableiten lässt, dass die Bewohner der neuen Bundesländer den speziellen „Gemeinschaftsgeist“ aus den Zeiten des Staatssozialismus durchaus verinnerlicht haben. Tabelle 13 zeigt dabei eine Tendenz auf, die klar in die Richtung geht, dass es für ein starkes Gemeinschaftsgefüge durchaus eine wichtige Rolle spielt, (sozial) schwächeren Mitbürgern zu helfen.

Nach der Betrachtung der Einstellungen der Bewohner der neuen Bundesländer zu den sozialen Aspekten innerhalb einer Demokratie kann festgestellt werden, dass es eine deutliche Erwartungshaltung gegenüber der sozialen „Fairness“ bzw. der sozialen Ausgeglichenheit in einer Gesellschaft gibt. Besonders auffällig war insgesamt, dass es bei den sozialen Aspekten im Laufe der Zeit ein wachsendes Bedürfnis danach gab, bestimmte Mechanismen aus dem Staatssozialismus auf das heutige demokratische System zu übertragen.

3.3 Demokratische Grundrechte

Als letzter Unterpunkt für die Erwartungen der ostdeutschen Bürger an eine gut funktionierende Demokratie können die demokratischen Grundrechte genannt werden. Hierbei geht es in erster Linie um Rechte, die den Bewohnern der neuen Bundesländer erst seit dem Systemwandel zugute kommen und die zu Zeiten der DDR und des damit verbundenen Staatssozialismus zumindest nicht in vollem Ausmaß ausgelebt werden durften.

Tabelle 14: Unter allen Umständen Freiheit achten? (2008)

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Neue Bundesländer	80.52 %	14.73 %	3.17 %	1.03 %	0.56 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

Die Bürger von Ostdeutschland erwarten heutzutage von einem erfolgreichen Staatssystem die Bewahrung der Freiheit als essenzielles Grundrecht. Dabei zeigt Tabelle 14, dass die große Mehrheit entweder „voll“ bzw. „eher“ zustimmt, dass die Freiheit unter allen Umständen geachtet werden sollte. Hier muss allerdings angemerkt werden, dass man von diesem Ergebnis ausgehen sollte bzw. musste. Im Falle eines gegensätzlichen Ergebnisses könnte man davon ausgehen, dass das demokratische System in Ostdeutschland nicht nur leicht abgewandelt, sondern eher in seinen Grundverankerungen verändert werden müsste und schlussendlich wahrscheinlich nicht mehr mit dem Begriff der Demokratie konnotiert

werden dürfte. Aus Tabelle 14 geht jedoch glücklicherweise hervor, dass man mit einem der zentralsten Merkmale der Demokratie einverstanden ist.

Die folgenden Beispiele veranschaulichen nun in konkretisierter Form, welche demokratischen Grundrechte für die ostdeutschen Bürger von großer Bedeutung sind.

Zu den Grundrechten, die eine Demokratie besitzt, wird hier auf die Wichtigkeit von Ruhe und Ordnung, von Bürgereinfluss, der freien Meinungsäußerung und schließlich der Inflationsbekämpfung eingegangen. Die Inflationsbekämpfung ist dabei zwar kein direktes demokratisches Grundrecht; sie wird jedoch trotzdem in diesem Abschnitt miteinbezogen, da sie eng mit den Erwartungen an eine Demokratie verknüpft ist.

Tabelle 15: Wichtigkeit von Ruhe und Ordnung

Neue Bundesländer	An erster Stelle	An zweiter Stelle	An dritter Stelle	An vierter Stelle
1991	51.98 %	23.88 %	17.66 %	6.48 %
2002	37.39 %	27.27 %	24.09 %	11.25 %
2008	26.78 %	26.12 %	27.72 %	19.38 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage der ALLBUS Datensätze aus den Jahren 1991, 2002 und 2008

Die Bürger von Ostdeutschland verbinden mit einem demokratischen System Frieden, Ruhe und geordnete Lebensverhältnisse. Aus Tabelle 15 wird deutlich, dass Eigenschaften, wie Ruhe und Ordnung im Staat insbesondere im Zeitraum von 1991 bis 2002 einen hohen Stellenwert genossen haben. In beiden Jahrgängen setzten die ostdeutschen Bürger diese Attribute an erster Stelle. Allerdings kann ebenso beobachtet werden, dass die Wichtigkeit von Ruhe und Ordnung bis zum Jahr 2008 stetig an Bedeutung verlor, was wiederum dadurch begründet werden kann, dass man sich in Ostdeutschland mit der Zeit an jenen „Luxus“ bereits gewöhnt hat.

Tabelle 16: Wichtigkeit von Bürgereinfluss

Neue Bundesländer	An erster Stelle	An zweiter Stelle	An dritter Stelle	An vierter Stelle
1991	32.08 %	26.04 %	24.43 %	17.45 %
2002	36.33 %	28.93 %	23.80 %	10.93 %
2008	35.21 %	28.46 %	23.31 %	13.01 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage der ALLBUS Datensätze aus den Jahren 1991, 2002 und 2008

Die Bedeutung des Bürgereinflusses ist für die Bürger von Ostdeutschland, wie in Tabelle 16 abgebildet, im Zeitraum von 1991 bis 2008 immer auf einem relativ ähnlichem Niveau geblieben. Es kann also festgehalten werden, dass auch dieses grundlegende demokratische Recht in Ostdeutschland erwartet wird. Die abgebildete Tabelle hebt deutlich hervor, dass man es für wichtig erachtet, aktiv in einem Staat mitzuwirken und diesen zumindest auch teilweise, beispielsweise durch Wahlen, mitgestalten zu können.

Tabelle 17: Wichtigkeit der Inflationsbekämpfung

Neue Bundesländer	An erster Stelle	An zweiter Stelle	An dritter Stelle	An vierter Stelle
1991	8.93 %	28.32 %	28.93 %	33.83 %
2002	15.36 %	20.93 %	28.10 %	35.61 %
2008	28.16 %	26.29 %	22.08 %	23.48 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage der ALLBUS Datensätze aus den Jahren 1991, 2002 und 2008

Bei der Inflationsbekämpfung handelt es sich nicht direkt um ein demokratisches Grundrecht bzw. einen Grundwert. Dieser Aspekt wurde hier deshalb berücksichtigt, weil er durch den Systemwandel eine besondere Rolle bekommen hat und sich unmittelbar auf die Demokratiezufriedenheit bezieht. In der Folge handelt es sich gewissermaßen eher in jener Hinsicht um ein demokratisches Grundrecht, weil man durch die Inflationsbekämpfung die Konkurrenzfähigkeit steigern kann.

Kurz nach dem Zerfall der DDR hatte die Inflationsbekämpfung (Tabelle 17) im Vergleich zu Aspekten, wie Ruhe und Ordnung (siehe Tabelle 15) sowie Bürgereinfluss (siehe Tabelle 16) noch keine ausgeprägte Position und lag nur knapp vor dem Recht auf freie

Meinungsäußerung (siehe Tabelle 18). Heutzutage hat sich die Wichtigkeit der Inflationsbekämpfung jedoch erstaunlicherweise enorm gesteigert.

Diese Entwicklung ist zwar etwas überraschend, kann jedoch am ehesten dadurch erklärt werden, dass man kurz nach dem Niedergang des Staatssozialismus und dem Zusammenschluss mit der BRD sowie der Währungsunion aus dem Jahr 1990¹⁶ die Hoffnung auf eine starke Geldeinheit verbunden hat und folglich keine allzu große Notwendigkeit in der Bekämpfung der „Geldentwertung“ sah. Gegenwärtig hat die Wichtigkeit der Inflationsbekämpfung jedoch stark zugenommen. Dies hängt wohl damit zusammen, dass die Bürger der neuen Bundesländer nach über zwanzig Jahren der deutschen Einheit noch immer nicht mit ihren aktuellen Lebensumständen zufrieden sind und ihr persönliches Verhältnis zwischen Geldmenge und Gütermenge nicht als ausgeglichen erachten.

Die demokratische Wirklichkeit, ihre Wahrnehmung sowie die dazu gehörenden Einzelaspekte werden dabei im späteren Teil dieser Arbeit analysiert und hinterfragt.

Tabelle 18: Wichtigkeit der freien Meinungsäußerung

Neue Bundesländer	An erster Stelle	An zweiter Stelle	An dritter Stelle	An vierter Stelle
1991	8.37 %	23.30 %	28.76 %	39.57 %
2002	11.17 %	22.92 %	23.83 %	42.08 %
2008	10.23 %	19.44 %	26.48 %	43.85 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage der ALLBUS Datensätze aus den Jahren 1991, 2002 und 2008

Abschließend zeigt Tabelle 18 die Wichtigkeit der freien Meinungsäußerung auf. Aus dieser wird deutlich, dass die freie Meinungsäußerung zwar ein wichtiger Bestandteil einer gut funktionierenden Demokratie ist, doch spielt sie unter den vier konkretisierten Beispielen der Erwartungen an demokratische Grundrechte die geringste Rolle. Im Zeitraum von 1991 bis 2008 sind dabei keine gravierenden Unterschiede festzustellen, da sich die Prozentwerte auf einem durchaus ähnlichen Niveau befanden. Das Recht auf freie

¹⁶vgl. Bundesbank: *Faktenblatt zur deutsch-deutschen Währungsunion 1990*.

http://www.bundesbank.de/download/presse/publikationen/20jahre_faktenblatt.pdf (Abruf am 02.11.2010)

Meinungsäußerung ist unter den Bürgern von Ostdeutschland gewissermaßen automatisiert bzw. stabilisiert und erhält deshalb eine Wertschätzung, die zwar von Bedeutung ist, aber nicht als das wichtigste demokratische Grundrecht gesehen wird.

Es kann kurz angemerkt werden, dass sich die Erwartungen hinsichtlich eines „erfüllten“ demokratischen Systems in Ostdeutschland über den genannten Zeitraum tendenziell, mit wenigen Ausnahmen, nicht bedeutend verändert haben.

3.4 Einbindung in die normativen Modelle der Demokratie

Um die Erwartungen an eine Demokratie kurz zusammenzufassen scheint eine parallele Einbindung in die normativen Modelle der Demokratie nach Fuchs ein plausibler Vorgang zu sein. Auf diesem Weg können zusätzlich erste Prognosen gestellt werden, welches Demokratiemodell sich gut auf die Situation in Ostdeutschland übertragen und anpassen lässt.

Insgesamt erwarten die ostdeutschen Bürger von einer demokratischen Staatsform, dass sie ihnen Sicherheit, ein Leben in geordneten und stabilen Verhältnissen sowie einem guten Lebensstandard verschafft. Folglich erhält die Demokratie *spezifische* Unterstützung, wenn dieser Output bzw. die Leistung wunschgemäß erfüllt wird und die Bürger prinzipiell zufrieden ist.

Die sozialen Aspekte werden ebenso leistungsorientiert betrachtet und nach dem individuellen Nutzen bewertet. In diesem Unterpunkt spielt jedoch die *diffuse* Unterstützung sowie der damit zusammenhängende Sozialisationsprozess eine gewichtige Rolle.

Aus den einzelnen analysierten Beispielen ging deutlich hervor, dass man gegenwärtig noch immer bzw. erneut an Werten, Maßnahmen und Mechanismen aus dem Staatssozialismus festhält, mit denen man zumindest teilweise aufgewachsen ist. Zu den zentralsten Aspekten zählen dabei insbesondere jene Erwartungen, dass es eine gerechte Umverteilung, eine soziale Sicherung sowie einen sozialen Ausgleich bzw. Balance innerhalb der Gesellschaft gibt.

Die Erwartungen an demokratische Rechte bzw. Werte unterscheiden sich insofern von den vorangegangenen Aspekten, als dass die Leistung der politischen Entscheidungsträger sowie die Demokratie als System nur eine sekundäre Rolle spielt. Hierbei geht es eher darum, was die Bürger in Ostdeutschland selbst bereit sind zu tun, um den eigenen Erwartungen gerecht zu werden. Die ostdeutschen Bürger haben dabei

die Möglichkeit als *partizipative* Kultur aktiv mitzuwirken und ihre Grundrechte bzw. Werte zu stärken, zu verteidigen und sie schließlich an die eigenen Erwartungen anzupassen, während die vorher genannten Aspekte stark von Leistungen der Machtinhaber innerhalb einer Demokratie abhängen.

Nach diesen Untersuchungen kann vorerst davon ausgegangen werden, dass der demokratische Sozialismus die geeignetste Staatsform in Ostdeutschland wäre, da sie klassische Grundwerte einer Demokratie beinhaltet, aber ebenso gewisse politische Inhalte aus dem Staatssozialismus mitträgt. Das Problem in diesem Modell besteht jedoch darin, dass der Begriff der Gleichheit über der individuellen Freiheit steht. Heutzutage geht man in den neuen Bundesländern allerdings davon aus, dass Freiheit unter allen Umständen geachtet werden sollte und daraus ableitend über dem Prinzip der Gleichheit steht (siehe Tabelle 14). Findet man also einen Einklang sowie eine Balance zwischen den Prinzipien der Freiheit und der Gleichheit, kann zumindest vorerst für die Anwendung bzw. Angemessenheit eines demokratischen Sozialismus in Ostdeutschland gesprochen werden.

4 Die Wirklichkeit der Demokratie in Ostdeutschland

Nun werden die tatsächlichen demokratischen Umstände sowie die Lebensbedingungen untersucht, um aufzuzeigen, ob eine Diskrepanz zwischen Ansprüchen und der Wirklichkeit der Demokratie in den neuen Bundesländern vorhanden ist und um deutlich zu machen, weshalb die Demokratie nach Meinung der ostdeutschen Bürger noch nicht völlig akzeptiert wird.

An diesem Abschnitt kann ebenso die These gefestigt werden, dass sich der demokratische Sozialismus als Staatsmodell am besten mit den Einstellungen und den Lebensumständen der Bürger in Ostdeutschland vereinbaren lässt.

Die Hauptaspekte, die folgend analysiert werden, beziehen sich in erster Linie auf die Bewertung des wirtschaftlichen und des sozialen Alltags, der politischen Institutionen sowie der gegenwärtigen wirklichen Wertebindungen der ostdeutschen Bürger.

Im Gegensatz zum vorhergehenden Abschnitt werden überwiegend die Daten der ALLBUS Studie aus dem Jahr 2008 bearbeitet. Hier ist es deshalb sinnvoll lediglich den aktuellsten Meinungsstand zu analysieren, da sich der Aspekt der Demokratiewirklichkeit insbesondere auf die momentane Situation von Ostdeutschland bezieht. Es muss ein Lösungsansatz für

gegenwärtige Probleme gefunden werden, um schließlich die Antwort darauf herauszuarbeiten, ob die heutige Demokratie in den neuen Bundesländern durch ein anderes demokratisches Modell ersetzt werden sollte. Die gesamte Entwicklung von 1991 bis 2008 scheint hier also insgesamt nicht notwendig zu sein.

4.1 Bewertung der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Lage

Tabelle 19: Wirtschaftslage in der Bundesrepublik Deutschland (2008)

	Sehr gut	Gut	Mittel	Schlecht	Sehr schlecht
Neue Bundesländer	1.03 %	27.99 %	47.20 %	20.06 %	3.73 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

Nahezu die Hälfte der ostdeutschen Bürger bewertet die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik Deutschland als „mittelmäßig“ (Tabelle 19). Nach näherem Einblick kann jedoch festgestellt werden, dass allgemein eine leichte und eher positive Tendenz vorhanden ist.

Dies darf jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass rund 20 % und damit ein Fünftel der Bewohner von Ostdeutschland die wirtschaftliche Gesamtlage der BRD als „schlecht“ empfindet und immerhin beinahe 4 % als „sehr schlecht“. In der Summe wäre es also fast ein Viertel der ostdeutschen Bevölkerung, die sich negativ zur aktuellen wirtschaftlichen Lage äußert.

Bei der Bewertung der ökonomischen Gesamtsituation in Deutschland spielt allerdings mit Sicherheit auch die persönliche Lage der ostdeutschen Bürger eine überaus relevante Rolle.

Tabelle 20: Bewertung der persönlichen Wirtschaftslage (2008)

	Sehr gut	Gut	Mittel	Schlecht	Sehr schlecht
Neue Bundesländer	1.30 %	38.88 %	36.47 %	18.88 %	4.47 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

Auf der Grundlage von Tabelle 20 kommen dabei teilweise überraschende Resultate zustande. Mit 36.47 % erachten die ostdeutschen Bürger die eigene wirtschaftliche Lage als „mittelmäßig“, also weder gut noch schlecht. Allerdings sprechen beinahe 40 % der befragten Personen in Ostdeutschland von einer guten persönlichen Wirtschaftssituation. Im Vergleich zur Bewertung der ökonomischen Gesamtlage in der BRD hat sich dieser Wert zugunsten der individuellen Situation enorm gesteigert. In dieser Tabelle gibt es also ein klares Übergewicht für die positive Bewertung der eigenen Wirtschaftslage. Es muss korrekterweise jedoch ebenso angemerkt werden, dass die Anzahl der Personen, die die persönliche Situation als negativ erachtet, mit über 20 % in der Gesamtheit und damit über einem Fünftel der ostdeutschen Bevölkerung noch immer als zu hoch einzustufen ist und sich folglich auch negativ auf die Demokratiezufriedenheit in dieser Region auswirkt.

Tabelle 21: Regierungsverantwortung für Wirtschaftslage (2008)

	Sehr großes Ausmaß	Großes Ausmaß	Mittel	Geringes Ausmaß	Überhaupt nicht
Neue Bundesländer	20.75 %	49.72 %	21.60 %	5.94 %	1.98 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

Zu den vorgestellten Ergebnissen kann hinzugefügt werden, dass der Großteil der Bewohner der neuen Bundesländer davon ausgeht, dass die Regierung dafür verantwortlich ist, den Bürgern gute Lebensumstände und eine damit zusammenhängende gute wirtschaftliche Ausgangslage zu schaffen. Beinahe 50 % sprachen sich dafür aus, dass die Regierung in einem „großen“ Ausmaß und rund 21 % dafür, dass die Regierung in einem „sehr großen“ Ausmaß für Gestaltung der Wirtschaftslage verantwortlich ist.

Tabelle 22: Ist soziale Gerechtigkeit vorhanden? (2008)

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Neue Bundesländer	2.53 %	9.75 %	37.39 %	50.33 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

Hinsichtlich der sozialen Lage und der gewissermaßen damit verknüpften Konsequenz der Wirtschaftssituation wurde jene Bewertung methodologisch unter dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit zusammengefasst.

Die gegenwärtige Gesellschaftsstruktur innerhalb einer Demokratie und dem damit verbundenen stetigen Wettbewerb sowie dem „Leistungsprinzip“ bringt es nahezu zwangsläufig mit sich, dass eine bestimmte Unausgewogenheit in einer Gesellschaft vorherrscht. Aus Tabelle 22 kann man jedoch ableiten, dass diese Art und Weise der demokratischen Praxis nicht akzeptiert wird. Vielmehr wird erwartet, dass der Staat dafür sorgt, soziale Gleichheit zu schaffen und folglich auch den Lebensstandard der Menschen aneinander anzupassen. Laut der aufgezeigten Tabelle verdeutlicht sich, dass 50.33 % „gar nicht“ und 37.39 % der befragten Personen „eher nicht“ mit den sozialen Unterschieden innerhalb einer Gesellschaft einverstanden sind und die gegenwärtige demokratische Wirklichkeit auf diese Weise stark kritisiert wird. Folglich gibt es heutzutage im Fall der sozialen Gerechtigkeit eine klare Neigung, spezifische Eigenarten des Staatssozialismus wiederzuerlangen. In diesem Beispiel kann eindeutig davon gesprochen werden, dass die generelle Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen sozialen Umständen der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland schadet und das gesamte System dadurch konsequenterweise angezweifelt wird.

Zusammenfassend kann abgeleitet werden, dass die wirtschaftliche Lage zumindest teilweise mit den Erwartungen an eine gute Demokratie korrespondiert. Es gibt in den neuen Bundesländern eine positive Tendenz hinsichtlich der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Auf der anderen Seite müssten jedoch ebenso Überlegungen angestellt werden, wie die nicht zu unterschätzende Anzahl der mit der wirtschaftlichen Lage unzufriedenen Personen umzustimmen ist.

Hinsichtlich der sozialen Lage herrscht hingegen eine Abweichung zwischen den Erwartungen und der Wirklichkeit der Demokratie vor. Die ostdeutschen Bürger erwarten eine soziale Balance innerhalb der Gesellschaft. Die in Ostdeutschland vorherrschende und umgesetzte Demokratie realisiert diese Erwartungen jedoch nicht. Die Bewohner der neuen Bundesländer gehen überwiegend davon aus, dass keine soziale Gerechtigkeit vorhanden ist und die sozialen Unterschiede im Endeffekt zu groß sind. Folglich schafft diese Diskrepanz keine gute Basis für die Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland.

4.1.1 Allgemeiner Einfluss der wirtschaftlichen und sozialen Lage auf die Demokratiezufriedenheit

Der Einbezug der ausgewählten einfließenden Faktoren auf die Demokratiezufriedenheit in einem Staat wird in diesem Abschnitt anhand einer linearen Regression verdeutlicht und nachgewiesen. Auf diese Weise bekommen die analysierten Aspekte eine fundierte Basis.

Tabelle 23: Einfluss der persönlichen wirtschaftlichen Lage auf die Demokratiezufriedenheit (2008)

Demokratiezufriedenheit	Coef.	Std. Err.	P> t
Wirtschaftliche Lage	.37	.02	0.000
_cons	1.89	.07	0.000

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

**Die Streuung R^2 liegt bei 0.0717 also 7%

***Wenn $P>|t|<0.05$ kann Nullhypothese¹⁷ verworfen werden, also gibt es einen Zusammenhang

Aus Tabelle 23 kann entnommen werden, dass die wirtschaftliche Lage durchaus einen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit hat. Der Wert $P>|t| = 0.000$ zeigt auf, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen der unabhängigen Variable und der Demokratiezufriedenheit gibt. Die Ausprägung von 7 % zeigt ebenfalls, dass die unabhängige Variable zur Beantwortung der Fragestellung verhelfen kann.

¹⁷ Die Nullhypothese sagt aus, dass es keinen Zusammenhang zwischen den untersuchten Variablen gibt

Der Koeffizient bei der unabhängigen Variable „wirtschaftliche Lage“ liegt bei 0.37, woraus man ableiten kann, dass bei diesem Faktor eine positive Steigung vorhanden ist.

Prinzipiell kann aus den Ergebnissen abgeleitet werden, dass je besser die eigene Wirtschaftslage eingeschätzt wird, desto höher ist folglich die Zufriedenheit mit der ausgeübten Demokratie.

Tabelle 24: Einfluss der sozialen Lage auf die Demokratiezufriedenheit (2008)

Demokratiezufriedenheit	Coef.	Std. Err.	P> t
Soziale Lage	.48	.02	0.000
_cons	1.45	.07	0.000

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

**Die Streuung R^2 liegt bei 0.1172 also 12%

***Wenn $P>|t|<0.05$ kann Nullhypothese verworfen werden, also gibt es einen Zusammenhang

In Tabelle 24 wird der allgemeine Einfluss der sozialen Lage auf die Demokratiezufriedenheit überprüft.

Auch in diesem Beispiel liegt der Wert bei $P>|t| = 0.000$, was verdeutlicht, dass ein signifikanter Zusammenhang zwischen der unabhängigen Variable und der Demokratiezufriedenheit existiert. Die hohe Ausprägung von 12 % sagt aus, dass die unabhängige Variable gut zur Beantwortung der Fragestellung beisteuert. Der Koeffizient der „sozialen Lage“ liegt dabei bei 0.48. Die Steigung zeigt bei diesem Faktor also ebenfalls eine positive Tendenz.

Daraus lässt sich schließen, dass je höher bzw. besser die soziale Lage bewertet wird, desto zufriedener ist man auch mit der Ausübung der Demokratie. Da man im vorgestellten Beispiel (Tabelle 22) nicht mit der allgemeinen sozialen Realität in Ostdeutschland zufrieden ist, wirkt sich dies konsequenterweise negativ auf die ostdeutsche Demokratiezufriedenheit aus.

4.2 Bewertung der politischen Entscheidungsträger

Die Bedeutung der politischen Entscheidungsträger ist hinsichtlich der Beurteilung der Demokratie ebenso äußerst relevant. Unter politischen Entscheidungsträgern werden hier

insbesondere Politiker sowie die Regierungen verstanden, da diese ein politisches System entscheidend prägen und gestalten können.

Tabelle 25 und 26 zeigt dabei zunächst die Empfindungen bzw. Einstellungen zu den Politikern.

Tabelle 25: Politiker kümmern sich nicht um die Probleme der Bürger (2008)

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Neue Bundesländer	49.62 %	32.92 %	14.53 %	2.92 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

Aus Tabelle 25 geht hervor, dass die Bewohner der neuen Bundesländer aus den gegenwärtigen politischen Begebenheiten den Schluss ziehen, dass die Politiker nicht konkret auf die Probleme der Bürger eingehen und sich nicht um sie kümmern. Mit 49.62 % der Bürger, die „voll“ zustimmen und 32.92 %, die „eher“ zustimmen gibt es eine klare Tendenz, dass die ostdeutschen Bürger mit der Arbeits- und Herangehensweise von Politikern nicht zufrieden sind.

Tabelle 26: Bemühungen der Politiker um Interessensvertretung (2008)

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Neue Bundesländer	3.57 %	29.79 %	43.52 %	23.12 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

Tabelle 26 verdeutlicht diese Ansichten, da hier rund zwei Drittel der ostdeutschen Bürger in der Gesamtheit eine negative Tendenz in Hinsicht der Bewertung der Bemühungen von Politikern um Interessensvertretung sieht. Im Detail stimmen 43.52 % der ostdeutschen Bewohner „eher nicht“ zu und 23.12 % „gar nicht“ zu, dass sich Politiker zumindest bemühen, die individuellen bürgerlichen Interessen auf eine zufriedenstellende Art und Weise zu vertreten.

Tabelle 27 und 28 zeigt im Folgenden die Einstellungen der Bürger der neuen Bundesländern zum „Sammelbecken“ von Politikern, also den politischen Institutionen an sich.

Tabelle 27: Vertrauen in die Bundesregierung (2008)

	Gar kein Vertrauen	2	3	4	5	6	Großes Vertrauen
Neue Bundesländer	12.88 %	12.69 %	25.38 %	26.79 %	15.88 %	5.64 %	0.75 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

Anhand von Tabelle 27 wird aufgezeigt, dass mit 26.79 % eine knappe Mehrheit der ostdeutschen Bürger in der Mitte, zwischen „gar kein“ und „großes Vertrauen“ in die Bundesregierung, liegt.

Nach einer genaueren Betrachtung und Analyse dieses Beispiels kann allerdings auch hier festgestellt werden, dass die höchsten Prozentwerte zwischen den Stufen 1 bis 3 angesiedelt sind. Folglich kann resümiert werden, dass die Mehrheit der Bewohner der neuen Bundesländer einen zumindest verstärkt skeptischen Blick auf die Bundesregierung hat.

Tabelle 28: Vertrauen in den Bundestag (2008)

	Gar kein Vertrauen	2	3	4	5	6	Großes Vertrauen
Neue Bundesländer	14.14 %	14.14 %	26.09 %	27.32 %	12.62 %	5.03 %	0.66 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

Im Hinblick auf das Vertrauen in den Bundestag (Tabelle 28), also einer etwas konkretisierten Form einer gesamten Bundesregierung, treten ähnliche Werte und Ergebnisse auf.

Auch hier ist mit über einem Viertel ein knapper Großteil der ostdeutschen Bürger im Zwiespalt und hinsichtlich der Tendenz gewissermaßen unentschlossen, ob sie dem Bundestag vertrauen soll oder nicht. Trotzdem kann tendenziell angenommen werden, dass die höheren Prozentwerte im Bereich zwischen 1 bis 3 darauf hindeuten, dass man

in Ostdeutschland dem politischen Zentrum der Bundesrepublik mit viel Skepsis begegnet und eher keine vertrauenswürdige Basis besteht.

4.2.1 Allgemeiner Einfluss politischer Entscheidungsträger auf die Demokratiezufriedenheit

Bei der Überprüfung des hier vorgenommen Einflusses muss einleitend angemerkt werden, dass die Einstellungen der ostdeutschen Bürger zu politischen Entscheidungsträgern methodologisch unter der Variable der „Zufriedenheit mit der Bundesregierung“ (vgl. ALLBUS Studie 2008) gemessen und zusammengefasst wurden.

Diese Maßnahme scheint angebracht zu sein, da diese Variable sinngemäß sowohl Politiker, als auch zentrale politische Institutionen und Organe innerhalb der BRD beinhaltet und allgemein mit jenen Verzweigungen konnotiert wird.

Tabelle 29: Einfluss der Zufriedenheit mit politischen Entscheidungsträgern auf die Demokratiezufriedenheit (2008)

Demokratiezufriedenheit	Coef.	Std. Err.	P> t
Politische Entscheidungsträger	.60	.01	0.000
_cons	.74	.05	0.000

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

**Die Streuung R^2 liegt bei 0.3564 also 36%

***Wenn $P>|t|<0.05$ kann Nullhypothese verworfen werden, also gibt es einen Zusammenhang

Aus Tabelle 29 und der Anwendung einer einfachen linearen Regression kann man schlussfolgern, dass es aufgrund des Wertes $P>|t|=0.000$ einen signifikanten Zusammenhang zwischen der „Zufriedenheit mit politischen Institutionen“ und der „Demokratiezufriedenheit“ gibt. Die Ausprägung von 36% bestätigt zudem, dass die unabhängige Variable einen annehmbaren Beitrag zur Erklärung der Fragestellung leistet. Der Koeffizient liegt bei 0.60, daher gibt es eine positive Steigung.

Aus den Werten kann entnommen werden, dass je größer die Zufriedenheit mit politischen Institutionen ist, desto zufriedener sind die Bürger mit dem demokratischen Staatssystem.

Die Zufriedenheit mit dem politischen Gesamtsystem variiert u.a. also auch in Abhängigkeit von einer negativen oder positiven Bewertung der politischen Institutionen.

Insgesamt kann aufgrund der analysierten Daten im Hinblick auf die Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland behauptet werden, dass sich eine niedrige Zufriedenheit mit politischen Institutionen konsequenterweise auch negativ auf die dortige Demokratiezufriedenheit auswirkt.

4.3 Wertebindung

Die Unterstützung bzw. die Zufriedenheit mit einer Demokratie kann sich ebenso durch die gegenwärtigen Wertebindungen widerspiegeln. Diese Wertebindungen wurden hier unter der Variable „Demokratie als Idee“ zusammengefasst und implizieren konsequenterweise typische allgemeinbekannte Werte einer Demokratie, wie z.B. Meinungsfreiheit, Bürgereinfluss, freie Marktwirtschaft etc. .

Tabelle 30: Demokratie als Idee (2008)

	Sehr dafür	Ziemlich dafür	Etwas dafür	Etwas dagegen	Ziemlich dagegen	Sehr dagegen
Neue Bundesländer	44.70 %	35.07 %	15.13 %	2.79 %	1.25 %	1.06 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

Tabelle 30 macht dabei deutlich, dass die Bürger der neuen Bundesländer die demokratische Grundidee klar befürworten. Die Tendenz für die demokratischen Grundprinzipien und Leitideen ist heutzutage durchwegs positiv. Die befragte Personengruppe, die sich eher gegen die Demokratie als Idee ausspricht, ist dagegen äußerst gering. Wie bereits im Laufe dieser Arbeit angedeutet wurde, sind die ostdeutschen Bürger von den Werten und den demokratischen Grundverankerungen überzeugt. Die in einer Demokratie vermittelten Werte werden folglich überwiegend positiv bewertet. Diese Ergebnisse bestätigen also erneut die Annahme, dass es in Ostdeutschland ein modifiziertes Modell von Demokratie geben sollte, da man mit den Ideen prinzipiell einverstanden ist, aber mit den Randbedingungen bzw. Ausführungen nicht.

Tabelle 31: Sozialismus: Gute Idee, schlechte Ausführung (1991)

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Neue Bundesländer	37.59 %	37.94 %	14.39 %	10.08 %

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 1991

Um einen Kontrast herzustellen, sieht man in Tabelle 31 die Einstellungen der ostdeutschen Bürger zu den im Staatssozialismus vermittelten Werten. Rund drei Viertel der Bewohner der neuen Bundesländer haben dabei insgesamt „voll“ bzw. „eher“ zugestimmt, dass auch die Idee des Staatssozialismus gut, die Ausführungen allerdings mangelhaft waren. Die vorgestellten Daten gehen zwar bereits auf das Jahr 1991 zurück, doch erkennt man trotzdem gewisse Parallelen. Diese äußern sich dadurch, dass man heute in Ostdeutschland ein verändertes Demokratiemodell haben möchte, weil man mit der derzeitigen Praxis nicht einverstanden ist. Auch mit den Werten bzw. der Idee des Staatssozialismus war man größtenteils eher einverstanden, doch zweifelte man ebenso dort stark an den damals gegebenen Methoden und Umsetzungen.

4.3.1 Allgemeiner Einfluss von Werten auf die Demokratiezufriedenheit

Anhand von Tabelle 32 wird überprüft, ob vermittelte Werte und Wertebindungen einen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit haben.

Tabelle 32: Einfluss von Werten auf die Demokratiezufriedenheit (2008)

Demokratiezufriedenheit	Coef.	Std. Err.	P> t
Werte	.40	.02	0.000
_cons	2.25	.04	0.000

*Eigene Berechnungen auf der Grundlage des ALLBUS Datensatzes aus dem Jahr 2008

**Die Streuung R^2 liegt bei 0.0813 also 8%

***Wenn $P>|t|<0.05$ kann Nullhypothese verworfen werden, also gibt es einen Zusammenhang

Mithilfe einer linearen Regression kann erkannt werden, dass $P>|t| = 0.000$ ist. Daraus kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass ein signifikanter Zusammenhang zwischen abhängiger und unabhängiger Variable existent ist. Die Ausprägung von 8 % zeigt

ebenfalls, dass die unabhängige Variable dazu beitragen kann, die Fragestellung zu beantworten, ob sich bestimmte Wertbindungen auf die Demokratiezufriedenheit auswirken können.

Der Koeffizient bei der unabhängigen Variable liegt in diesem Fall bei 0.40, woraus man ableiten kann, dass es bei diesem Faktor eine positive Steigung gibt.

Im Grunde genommen kann das allgemeine Ergebnis festgestellt werden, dass je stärker man sich mit den in einer Demokratie vermittelten Werten identifiziert, desto höher ist in der Folge auch die Zufriedenheit mit dem gegebenen Staatssystem.

Im Fall der neuen Bundesländer muss dieses Ergebnis jedoch zumindest eingeschränkt werden. Grundsätzlich ist man mit den Werten und Ideen innerhalb einer Demokratie einverstanden und identifiziert sich auch mit diesen, doch auf der anderen Seite wirkt sich dieser Aspekt kaum positiv auf die gesamte Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland aus.

5 Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Demokratie

Aus den Erkenntnissen über die Erwartungen der ostdeutschen Bürger an eine Demokratie sowie die wirklichen Umstände innerhalb dieses Staatssystems kann abgeleitet werden, dass tatsächlich eine Diskrepanz zwischen diesen Aspekten besteht.

Grundsätzlich erwarten die Bewohner der neuen Bundesländer insbesondere (soziale) Sicherheit, einen hohen bzw. guten Lebensstandard, eine gerechte Umverteilung sowie die Erhaltung der Freiheit und der individuellen Rechte.

Anhand der Resultate über die wirkliche Umsetzung der Demokratie aus Sicht der ostdeutschen Bewohner werden die Ansprüche aber nur bedingt umgesetzt. Dies äußert sich vor allem durch die gegenwärtig, trotz leicht positiver Tendenz, von zu vielen Bürger als schlecht empfundene wirtschaftliche Lage sowie durch die soziale Ungerechtigkeit.

Ein relevantes Problem in der aktuellen Umsetzung des demokratischen Staatssystems scheint ebenso das fehlende Vertrauen bzw. die mangelnde Zufriedenheit mit den politischen Entscheidungsträgern zu sein. Diese sind schließlich im größten Teil dafür verantwortlich, die Erwartungen der ostdeutschen Bürger zu erfüllen. Im Endeffekt wirkt sich die negative Bewertung der Demokratie auch negativ auf die Politiker sowie die politischen Institutionen (und umgekehrt) aus.

Bezüglich der Wertebindungen der Bewohner der neuen Bundesländer kann angemerkt werden, dass in diesem Fall der Zwiespalt zwischen Anspruch und Wirklichkeit nicht signifikant ist. Demzufolge ist man mit den Grundprinzipien und den Ideen der Demokratie einverstanden. Es kann in dieser Hinsicht sogar durchaus von einer Identifikation mit dem demokratischen Staatssystem in den neuen Bundesländern gesprochen werden.

Viele, von den ostdeutschen Bürgern, als negativ empfundene Nebenerscheinungen einer Demokratie (wie etwa die schlechte Funktionalität) führen jedoch dazu, dass man noch immer an gewissen Werten aus der Vergangenheit im Staatssozialismus festhält.

Insgesamt sind in bestimmten Punkten Diskrepanzen zwischen Erwartungen an eine Demokratie und der demokratischen Realität vorhanden. Diese haben jedoch in vielen Fällen nicht das gravierende Ausmaß, dass zu Beginn angenommen wurde. Trotzdem kann davon gesprochen werden, die Bedürfnisse der ostdeutschen Bürger mit einem modifizierten Demokratiemodell besser erfüllen zu können und ihnen in der Konsequenz eine bessere demokratische Realität zu schaffen.

IV Conclusio

Zum Abschluss dieser Masterarbeit werden die anfangs aufgestellten Hypothesen überprüft.

Zunächst kann dabei die Annahme bestätigt werden, dass eine grundsätzliche Zustimmung zu den demokratischen Prinzipien in Ostdeutschland vorhanden ist. Dieser Aspekt muss allerdings auch dadurch vervollständigt werden, dass insbesondere wirtschaftliche sowie soziale Determinanten einen großen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit haben.

Zweitens, wie zu Beginn des empirischen Teiles und dem damit verbundenen Vergleich der Demokratiezufriedenheit in Ost- und Westdeutschland bereits verdeutlicht wurde, kann auch die These, dass die ostdeutschen Bundesbürger von der Demokratie als Staatsform insgesamt weniger überzeugt sind, als die Bewohner der alten Bundesländer, verifiziert werden. Dies lässt sich tatsächlich darauf zurückführen, dass die Bewohner der neuen Bundesländer in der Leistung bzw. dem Output der vorhandenen Demokratie Verbesserungsbedarf sehen. Die Unzufriedenheit mit dieser Leistung der Demokratie sowie die hohe Erwartungshaltung in die nachholende Modernisierung mit der Hoffnung einer blitzartigen Verbesserung der Wirtschaftslage sowie der Beseitigung des Ost/West Gefälles ist letztlich auch als Grund dafür zu sehen, weshalb das demokratische Staatssystem in Ostdeutschland nicht auf absolute Akzeptanz stößt.

Drittens ist festzuhalten, dass die Tätigkeiten der demokratischen Akteure und Institutionen von der ostdeutschen Bevölkerung stark angezweifelt und mit großer Skepsis gesehen werden. Es gibt demzufolge keine bedingungslose Identifikation bzw. Bindung mit den politischen Entscheidungsträgern. Aus der Enttäuschung über die gegebenen Missstände und „Fehlentwicklungen“ wachsen die Zweifel und das Misstrauen zu Politikern und Institutionen, was sich schließlich auch negativ auf die Bewertung des gesamten Staatssystems auswirkt.

Als vierter Punkt kann ebenso bestätigt werden, dass man in Ostdeutschland nicht mit der ausgeübten Demokratie zufrieden ist, weil die Bürger der neuen Bundesländer der DDR und den dort vermittelten Werten nicht in allen Belangen negativ gegenüberstehen. Insbesondere bezüglich sozialer Aspekte wurde im Laufe dieser Arbeit deutlich, dass noch immer die für den Staatssozialismus typischen Eigenschaften berücksichtigt werden.

Alte Wertorientierungen (aus dem Staatssozialismus) sind durch die Transformation folglich noch nicht überwunden.

Aus allen betrachteten Faktoren sowie den Ergebnissen kann also abschließend zu Recht abgeleitet werden, dass in Ostdeutschland ein modifiziertes und an die Bedürfnisse der neuen Bundesländer zugeschnittenes Demokratiemodell präferiert wird und die Anwendung tatsächlich auch als sinnvoll erscheint. Dabei kommt insbesondere, wie bereits angedeutet, das Modell des demokratischen Sozialismus in Frage, da dieses Grundwerte und Prinzipien einer Demokratie, aber ebenso Eigenschaften aus Zeiten des Staatssozialismus mitbringt und gewissermaßen als „Mischtyp“ zu sehen ist, der beide Modelle am ehesten verbinden kann.

Die Realisierung eines demokratisch-sozialistischen Modells im „Teilstaat Ostdeutschland“ könnte sich insbesondere durch einen stärkeren Einfluss von linksorientierten Parteien, wie beispielsweise der Linkspartei kennzeichnen, deren Hauptziel es ist, den Kapitalismus zu überwinden und den sogenannten demokratischen Sozialismus anzustreben.¹⁸

Auch in der SPD gilt der demokratische Sozialismus als Ideal. Dort verfolgt man grundsätzlich das Ziel einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft.

Der Einfluss dieser Parteien trifft dabei gerade deshalb auf Unterstützung und Zustimmung in den neuen Bundesländern, weil man dort Werte, wie z.B. Solidarität, Gemeinwohl und Sicherheit, die zu Zeiten der DDR vermittelt wurden, postuliert und soziale Spaltung ablehnt.

Insgesamt werden also Probleme angesprochen, die in den neuen Bundesländern vermehrt auftreten und von denen die Bürger erwarten, dass sie konsequenter bekämpft werden. Natürlich können Parteien, wie Die Linke oder die SPD nicht auf eine Stufe gestellt werden, doch stellen sie, aufgrund des großen Interesses an sozialen Aspekten, eine große und wichtige politische Symbolik für die neuen Bundesländer sowie die dortige Bevölkerung dar. Allerdings spielt nicht nur die politische Symbolik „linksorientierter“ Parteien eine wichtige Rolle bei der Umsetzung des Modells des demokratischen Sozialismus in den neuen Bundesländern, da eine stärkere Berücksichtigung von direkter Demokratie ebenso eine Option darstellt, um die ostdeutschen Bürger stärker in politische Entscheidungen

¹⁸ vgl. Die Linke: *Programm der Partei DIE LINKE (Programmatische Eckpunkte)*. <http://www.die-linke.de/index.php?id=377> (Abruf am 18.11.2010)

einzubinden und der Bevölkerung in der Konsequenz eine Plattform zu schaffen, auf der persönliche (länder- und problembezogene) Bedürfnisse präziser geäußert werden können.

Inwiefern das Modell des demokratischen Sozialismus schließlich erfolgreicher wäre, als die gegenwärtig ausgeübte Demokratie, lässt sich nur schwer prognostizieren. Aus den Resultaten der analysierten Daten geht jedoch hervor, dass jenes Modell in den neuen Bundesländern voraussichtlich auf viel Zuspruch treffen würde und einen (zumindest kurzzeitigen) Aufschwung mit sich bringen könnte.

Hinsichtlich der Entwicklung sowie der Zufriedenheit und der Akzeptanz besteht also die Chance, dass der demokratische Sozialismus in den neuen Bundesländern auf Zustimmung stößt.

Das Modell bzw. die Idee des demokratischen Sozialismus ist den alten Bundesländern prinzipiell nicht völlig fremd, da lediglich die Anteile bezüglich der Bevorzugung eines bestimmten Demokratiemodells in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich sind. In der Umsetzung eines anderen Demokratiemodells im „Teilstaat Ostdeutschland“ besteht jedoch in der Wirkung das psychologische Problem und die Gefahr unter der deutschen Gesamtbevölkerung, dass die „unsichtbare Grenze“ zwischen alten und neuen Bundesländern erneut sichtbar und der Zwiespalt zwischen Ost- und Westdeutschland diesbezüglich größer wird, als er ohnehin schon ist.

Aufgrund der deutschen Einheit sowie der Spezifik des demokratischen Sozialismus müsste also zumindest ebenso darüber diskutiert werden, ob ein speziell in Ostdeutschland angewandter Demokratietyt auch innerhalb der alten Bundesländer akzeptiert wird. Dies scheint von Bedeutung zu sein, um in der deutschen Gesamtbevölkerung Konflikte zu vermeiden, Harmonie zu erhalten, Benachteiligungen zu unterbinden und Ost- und Westdeutschland nicht (weiter) voneinander zu entfernen.

Literatur

Aarebrot, Frank H./ Pal H., Bakka (2006): *Die Vergleichende Methode in der Politikwissenschaft*. In: Berg-Schlosser, Müller-Rommel (Hrsg.). Opladen: Leske und Budrich. S. 57-76.

ALLBUS/ Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (1991): *Dokumentation. Fragebogen ALLBUS 1991*. Berlin, Bonn, Köln, Mannheim: Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

ALLBUS/ Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (2002): *Dokumentation. Fragebogen ALLBUS 2002*. Berlin, Bonn, Köln, Mannheim: Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

ALLBUS/ Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (2008): *Dokumentation. Fragebogen ALLBUS 2008*. Berlin, Bonn, Köln, Mannheim: Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

Allerbeck, Klaus R./ Kaase, Max/ Klingemann, Hans Dieter (1980): *Politische Ideologie, politische Beteiligung und politische Sozialisation. Bericht über Ereignisse eines international vergleichenden Forschungsvorhabens (II)*. In: Politische Vierteljahreszeitschrift. S. 88-96.

Almond, Gabriel A./ Powell, Bingham G. (1978): *Comparative Politics. Second Edition*. Boston-Toronto: Little Brown.

Almond, Gabriel A./ Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture*. Princeton: Princeton University Press.

Berg-Schlosser, Dirk/ Schissler, Jakob (1987): *Politische Kultur in Deutschland – Bilanz und Perspektiven der Forschung (PVS Sonderheft 18)*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Bobbio, Norberto (1987): *The Future of Democracy*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Brenke, Karl/ Zimmermann, Klaus F. (2009): *Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Was war und was ist heute mit der Wirtschaft*. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 78 (2009), 2. Berlin: DIW.

Bryman, Alan (2007): *The Research Question in Social Research: What is its Role?* In: *International Journal of Social Research Methodology* 10(1). S. 5-20.

Dalton, Russell J. (1994): *Communists and Democrats: Democratic Attitudes in the Two Germanies*. In: *British Journal of Political Science* (Ausgabe 24, Nr. 4, Okt. 1994): S.469-493.

Easton, David (1965a): *A Framework for Political Analysis*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.

Easton, David (1965b): *A Systems Analysis of Political Life*. New York: John Wiley.

Easton, David (1975): *A Re-Assessment of the Concept of Political Support*. In: British Journal of Political Science 5. S. 435-457.

Fuchs, Dieter (1989): *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Fuchs, Dieter (1996): *Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklungen der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Fuchs, Dieter (1997): *Welche Demokratie wollen die Deutschen?* In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.). *Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozeß*. Opladen: Leske und Budrich.

Fuchs, Dieter (1999a): *The Democratic Culture of Unified Germany*; In: Norris, Pippa (Hg.): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*. Oxford: Oxford University Press. S. 123-145.

Fuchs, Dieter (1999b): *Die demokratische Gemeinschaft in den USA und in Deutschland*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Fuchs, Dieter (2002a): *Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Fuchs, Dieter (2002b): *Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht. In: Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess.* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 27 – 49.

Gabriel, Oscar W. (1996): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen.* In: Max Kaase (Hrsg.): *Politisches System.* Opladen: Leske und Budrich.

Gabriel, Oscar W. (1997): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland.* Opladen: Leske und Budrich.

Gabriel, Oscar W. (2000): *Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich.* In: Falter, Jürgen et. al. (Hrsg.): *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich.* Opladen: Leske und Budrich. S. 141-171.

Habermas, Jürgen (1992a): *Drei normative Modell der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Politik.* In: Herfried Münkler (Hrsg.): *Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie.* München, Zürich: Piper. S. 11-24.

Habich, Roland/ Noll, Heinz-Herbert (2008): *Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

IAB Forschungsbericht (2010): *20 Jahre Deutsche Einheit-Ein Vergleich der west- und ostdeutschen Betriebslandschaft im Krisenjahr 2009.* Nürnberg: IAB.

Inglehart, Ronald (1989): *Kultureller Umbruch – Wertwandel in der westlichen Welt*. Frankfurt: Campus.

Jacobs, Jörg (2004): *Tücken der Demokratie*. Wiesbaden: VS.

Kollmorgen, Raj (2005): *Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft*. Wiesbaden: VS.

March, James G./ Olsen, Johan P. (1989): *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*. New York: The Free Press.

Muno, Wolfgang (2009). *Fallstudien und die vergleichende Methode*. In: Pickel (Hrsg.): *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag. S. 113-131.

Pickel, Susanne/ Pickel, Gert (2006): *Politische Kultur- und Demokratieforschung: Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.

Post, Robert C. (1993): *Between Democracy and Community: The Legal Constitution of Social Form*. In: John W. Chapman/ Ian Shapiro (Hg.): *Democratic Community*. Nomos No. XXXV. New York: New York University Press. S. 163-190.

Rohrschneider, Robert (1999): *Learning Democracy – Democratic and Economic Values in Unified Germany*. Oxford: Oxford University Press.

Rothstein, Bo (1996): *Political Institutions: An Overview*. In: Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): *A New Handbook of Political Science*. Oxford, New York: Oxford University Press. S. 133-166.

Sartori, Giovanni (1994): *Compare Why and How. Comparing, Miscomparing and the Comparative Method*. In: Dogan, Mattei/ Kazancigil, Ali (Hrsg.). S. 14-34.

Völkl, Kerstin (2005): *Fest verankert oder ohne Halt? Die Unterstützung der Demokratie im vereinigten Deutschland*; In: Gabriel, Oscar W. et. al. (Hrsg.): *Wächst zusammen, was zusammen gehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*. Baden-Baden: S. 51-90.

Internetquellen

Bundesbank: *Faktenblatt zur deutsch-deutschen Währungsunion 1990.*
http://www.bundesbank.de/download/presse/publikationen/20jahre_faktenblatt.pdf
(Abruf am 02.11.2010)

Der Spiegel: *Arbeitslosigkeit in Deutschland.* <http://www.spiegel.de/flash/flash-12125.html>
(Abruf am 17.11.2010)

Die Bundesregierung: *Gute wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland.*
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2010/07/2010-07-29-beachtliche-fortschritte-im-angleichungsprozess.html> (Abruf am 15.11.2010)

Die Linke: *Programm der Partei DIE LINKE (Programmatische Eckpunkte).*
<http://www.die-linke.de/index.php?id=377> (Abruf am 18.11.2010)

Pew Research Center Publications: *End Of Communism Cheered But Now With More Reservations.* <http://pewresearch.org/pubs/1396/european-opinion-two-decades-after-berlin-wall-fall-communism> (Abruf am 05.10.2010)

Sozialreport 2008: *Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern.*
http://www.sfz-ev.de/Publikationen/Sozialreport/SR_2008/SR2008.pdf (Abruf am 05.10.2010)

Anhang

Abstract

Die vorgelegte Masterarbeit behandelt das Thema der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland. In der Arbeit wird untersucht, weshalb in den neuen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland nach über zwanzig Jahren seit der Wiedervereinigung noch immer große Bedenken zum gegenwärtigen demokratischen Staatssystem vorhanden sind.

Es wird insbesondere hinterfragt, welche Erwartungen die ostdeutschen Bürger an eine erfolgreiche und gut funktionierende Demokratie stellen und welche demokratiespezifischen Verhältnisse momentan gegeben sind. In diesem Zusammenhang muss notwendigerweise analysiert werden, ob Unterschiede zwischen den Ansprüchen und den realen Begebenheiten existieren.

Auf dieser Grundlage sowie den Ergebnissen der Analyse und den Präferenzen der ostdeutschen Bürger soll sich folglich herausstellen, inwiefern die neuen Bundesländer eine neue bzw. abgewandelte Form von Demokratie benötigen.

Die methodologische Herangehensweise der Arbeit charakterisiert sich durch die Gliederung in einen theoretischen sowie empirischen Teil.

Im theoretischen Teil werden zunächst relevante Modelle vorgestellt, in denen Faktoren genannt werden, die für die Unterstützung eines politischen System von großer Bedeutung sind. Hier wird zudem aufgezeigt, welche Formen der Unterstützung vorhanden sind, aber ebenso welche Rolle eine politische Kultur mit ihrer Spezifik im Hinblick auf die Bewertung eines politischen Systems spielt. Schließlich werden vier normative Demokratiemodelle präsentiert, um eine spätere Einordnung der staatssystematischen Bedürfnisse der ostdeutschen Bürger zu vereinfachen und plausibel darstellen zu können.

Der empirische Teil verdeutlicht auf der Grundlage der Theorie die gegenwärtige Situation bezüglich Demokratiezufriedenheit in den neuen Bundesländern. Anhand der ALLBUS Datensätze aus den Jahren 1991, 2002 und 2008 wird eine Sekundärdatenanalyse angewandt, um die Entwicklung der tatsächlichen Erwartungen sowie die heutige demokratische Wirklichkeit in Ostdeutschland mithilfe von relevanten und in Frage kommenden Daten aufzuzeigen. In diesem Kapitel werden insbesondere Einflussfaktoren berücksichtigt, die eine unmittelbare und beweisbare Auswirkung auf die Demokratiezufriedenheit haben.

Aus der gesamten Vorgehensweise soll schließlich resultieren und insbesondere logisch ableitbar werden, welches Demokratiemodell eine geeignete und möglichst praxisnahe Lösung für Ostdeutschland darstellen könnte.

CURRICULUM VITAE

ANGABEN ZUR PERSON

Name	STANCZYK, MICHAEL
Adresse	JUREKGASSE 13/4 1150 WIEN
Telefon	(0043) 6505206033
E-Mail	michael.stanczyk@gmx.de
Staatsangehörigkeit	Deutsch
Geburtsdatum	05.01.1985

BILDUNG

- | | |
|---|---|
| • Zeitraum | 1.03.2009 - ... |
| • Name und Art der Bildungs-
oder Ausbildungseinrichtung | Universität Wien
Masterstudium Politikwissenschaft und Soziologie |
| • Zeitraum | 14.10.2005 – 30.09.2008 |
| • Name und Art der Bildungs-
oder Ausbildungseinrichtung | Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) (Deutschland)
Bachelorstudium Kulturwissenschaften (mit Abschluss Bachelor of Arts) |
| • Zeitraum | 1.02.2008 – 30.06.2008 |
| • Name und Art der Bildungs-
oder Ausbildungseinrichtung | Universiteit Maastricht (Niederlande)
Fachrichtung European Studies (Erasmus gefördertes Auslandssemester) |
| • Zeitraum | 1.09.2003 – 30.06.2005 |
| • Name und Art der Bildungs-
oder Ausbildungseinrichtung | Abitur am Albert Einstein Sprachlyzeum in Opole (Polen) |

PRAKTISCHE ERFAHRUNG

30.08.2010-....
Gigaset Communications Austria GmbH im Bereich Events und Promotion

SOFT SKILLS

29.06.2009-11.09.2009

Praktikum bei den Vereinten Nationen (UN) in Wien im Bereich der Pressearbeit

10.09.2007-12.10.2007

Praktikum am Goethe-Institut Mannheim-Heidelberg im Bereich der Kulturarbeit

MODERATION

MEDIATION

INTERKULTURELLES VERHANDELN